

GORTER, DIE KOMMUNISTISCHE LINKE UND DIE GRÜNDUNG DER KOMMUNISTISCHEN ARBEITER-INTERNATIONALE (KAI)

EIN GESCHEITERTES UNTERFANGEN (1921-1927)

Die Anerkennung der KAPD als "sympathisierende Partei" der 3. Internationale, die einen ständigen Vertreter bei der Exekutive hatte (1), erschien im Januar 1921 als ein Sieg der Oppositionspolitik, die von Gorter und Pannekoek betrieben worden war. Eine Arbeitsgemeinschaft zwischen der Komintern und den Linkskommunisten war möglich geworden. Dies schien zumindest aus den Aussagen Sinowjews hervorzugehen, der im Namen des Exekutivkomitees schrieb: *"Der Kern der KAPD umfaßt wirklich revolutionäre Arbeiter. Diese Partei hat in der letzten Zeit einen großen Schritt hin zum Kommunismus gemacht, als sie Laufenberg, Wolffheim und Otto Rühle ausschloß. Die KAPD kritisiert unsere deutschen Genossen. Auch des ist noch kein Unglück. Die KPD ist gewiß nicht fehlerfrei; wir brauchen nur an ihre Haltung während des Kapp-Putsches und während des letzten Aufstandes der Berliner Elektriker zu erinnern..."* (Brief des Zentralkomitees der Komintern vom 15 Januar 1921, in *Die Aktion*, Nr. 13-14, Ap. 1921). (2)

Die Arbeitsgemeinschaft zwischen Linkskommunisten und der Komintern war nur von kurzer Dauer. Sie überlebte die Märzaktion 1921 in Mitteldeutschland nicht. Das internationale Umfeld wurde immer ungünstiger, nicht nur mit dem deutlichen Rückfluß der Weltrevolution, sondern vor allem infolge der von russischen Staat betriebenen Politik. Die Außenpolitik dieses Staates, die Ereignisse um Kronstadt und schließlich die Politik der Komintern in Deutschland waren alles wichtige Elemente bei dem endgültigen Bruch, der auf dem 3. Kongreß der Komintern vollzogen wurde. Dem voraus ging der Ausschluß der Minderheit der KPN vor dem 3. Kongreß; im Sept. 1921 folgte dann der der KAPD, der das Ende einer internationalen Opposition innerhalb der Komintern einläutete. Von da an übernahm die holländische kommunistische Linke die Führung der internationalen Opposition außerhalb der Internationale. Aufgrund der Initiative Gorters aber nicht Pannekoeks wurde eine Kommunistische Arbeiterinternationale (KAI) gegründet, die ein aussichtsloses Abenteuer war. Diese sollte den Niedergang der Linkskommunisten in den Niederlanden, aber auch in Deutschland beschleunigen, bevor Ende der 20er Jahre die Gruppe der Internationalistischen Kommunisten (GIK) entstand.

Während das Zentrum der holländischen Linke sich nach Deutschland hin verlagert hatte und selbst nach Großbritannien und Bulgarien, wurden die Niederlande zum theoretischen und politischen Zentrum der internationalen linkskommunistischen Bewegung.

1. Der Rückfluß der Weltrevolution

Die NEP (*Novaja Ekonomitscheskaja Politika*, oder Neue Ökonomische Politik), die nach dem März 1921 in Rußland in der Wirtschaft praktiziert wurde, war durch den russischen Staat durch eine wahre NEP im diplomatischen Bereich eingeleitet worden. Dieser versuchte, alte Allianzen mit verschiedenen Staaten der kapitalistischen Welt wieder aufzubauen. Durch die Vermittlung des in Deutschland im Gefängnis in Rußland sitzenden Radeks wurden Kontakte schon im Herbst 1919 mit der Reichswehr (3) und den Liberalen aufgenommen, aber auch mit dem Millionär Rathenau, mit dem Ziel, die Möglichkeit militärischer und wirtschaftlicher Allianzen zwischen Deutschland und Rußland zu erörtern. Schon vom Oktober 1919 an meinte Radek offen: "Die Möglichkeit eines Friedens zwischen kapitalistischen und proletarischen Staaten ist keine Utopie" (4). Faktisch entstand solch ein Bündnis im Jahre 1920, das sich gegen den Versailler Vertrag und die Alliierten richtete, während des russisch-polnischen Krieges. Deutschland gab eine Neutralitätserklärung ab, die den Transport von Munition der Alliierten nach Polen durch deutsches Territorium untersagte. Mit den alliierten Ländern versuchte Rußland Handelsbeziehungen herzustellen, und diese wurden auch aufgebaut. Ein Handelsabschluß wurde zwischen Großbritannien und Rußland am 16. März 1921 während der Ereignisse in Kronstadt unterzeichnet. Ein Modus Vivendi zwischen der kapitalistischen Welt und dem Sowjetstaat, der zuvor von Pannekoek heftig verworfen worden war, wurde langsam zu einer Wirklichkeit. Der Vertrag von Rapallo 1922 sollte dies untermauern. Aber der am meisten besorgniserregende Faktor war die schrittweise Unterwerfung der Komintern unter die nationalen Ziele des russischen Staates. Dieser sorgte dafür, daß seine eigenen Interessen denen der revolutionären Interessen

der Internationale vorangestellt wurden. Die Türkei ist ein klares Beispiel für diesen Widerspruch. Schon von 1919 an waren in Berlin auch durch die Vermittlung Radeks zwischen der russischen Regierung und dem türkischen Nationalistenführer Enver, der später am Kongreß von Baku teilnehmen sollte, Kontakte hergestellt worden. Freundschaftliche Beziehungen wurden mit Mustapha Kemal von 1920 an aufgebaut (5), die zu einem Abschluß mit der Türkei am 16. März 1921 führten. Mustafa Kemal war nicht nur der Verantwortliche für die Niederschlagung der Bauernbewegung, welche von der Komintern unterstützt worden war, sondern er ließ die ganze Führung – die in Deutschland durch die Spartakisten politisch gebildet worden war und jedem Nationalismus feindlich gegenüberstand – der kommunistischen Partei der Türkei umbringen. Dieses Massaker tat den guten Beziehungen zwischen dem russischen Staat und der Türkei keinen Abbruch. Zum ersten Mal wurde deutlich, daß Regierungen, die gute diplomatische Beziehungen mit Rußland unterhielten, ungestraft revolutionäre Militanten, Mitglieder der Kommunistischen Internationale ermorden oder außerhalb des Gesetzes stellen konnten, ohne dadurch die Gunst des russischen Staates zu verlieren, dessen Politik ja eigentlich der der Komintern hätte unterworfen werden müssen. Diese Ereignisse, die sich im Januar 1921 abspielten, waren die direkte Folge der Politik der Komintern, die vom 2. Kongreß unterstützt worden war, der Unterstützung der sog. Befreiungsbewegungen.

a) Die Kronstädter Ereignisse (März 1921)

Mehr als der Bereich der Außenpolitik sollten die Kronstädter Ereignisse den Graben aufzeigen, der sich zwischen dem russischen Staat und dem Proletariat aufgetan hatte. Im Februar 1921 waren Streiks in Petrograd ausgebrochen, das zuvor das Zentrum der russischen Revolution gewesen war. Sie waren sowohl gegen die Lebensmittel-rationierung gerichtet, als auch gegen die Wirtschafts- und Gesellschafts-politik des Staates und der Bolschewistischen Partei. Trotz der Beschuldigungen, daß die Streiks von Menschewiki, Sozialrevolutionären oder Anarchisten – die meisten von ihnen befanden sich im Gefängnis – "geschürt" worden waren, trug die Bewegung einen spontanen und organisationslosen, ja führerlosen Charakter. Sie hatte sich auf alle großen Fabriken ausgedehnt, auch auf Putilov, die Hauptbastion der Revolution 1917.

Demgegenüber reagierten Sinowjew und die Bolschewiki Petrograds mit repressiven Maßnahmen. Die Demonstrationen wurden durch die Kadetten gewaltsam aufgelöst, Aussperrung der streikenden Arbeiter, Entzug der Lebensmittelmarken für die Streikenden, Verhängung des Kriegsrechtes, umfangreiche Verhaftungen, sofortiges Erschießen bei Bildung von Versammlungen, Überwachung der Arbeiter in den Fabriken durch bewaffnete Truppen der Bolschewiki (6). Diese Maßnahmen führten aber zu einem Ausbruch der Unzufriedenheit der Arbeiter, die sich seit Monaten angehäuft hatte, und zu deren Politisierung. Die politischen Forderungen: Abschaffung des Kriegsrechtes, Befreiung aller Gefangenen, Versammlungs-, Presse- und Redefreiheit für die Arbeiter, freie Wahlen für die Fabrikkomitees, für die Räte; all diese Forderungen waren gegen "die Diktatur der Partei und die Tscheka" gerichtet und bewiesen den Widerspruch zwischen Proletariat und Staat, ein Staat, mit dem sich mittlerweile die Bolschewiki verbunden fühlten, weil sie sich mit ihm identifizierten. Sie stellten einen Aufruf zur Arbeiterdemokratie und zur Wiederbelebung der Arbeiterräte dar, die zuvor vom Staat und der bolschewistischen Partei aufgesaugt worden waren.

Als sie von den Ereignissen erfuhren, schickten die Matrosen und Arbeiter Kronstadts Delegationen zu den Fabriken in Petrograd. Danach griffen die Matrosen und Arbeiter Kronstadts die Forderungen der Arbeiter Petrograds auf und erweiterten sie: Neuwahl der Arbeiterräte in geheimer Wahlabstimmung, Organisation außerhalb der bolschewistischen Partei einer Konferenz der Arbeiter, Soldaten und Matrosen der Provinz Presse- und Organisationsfreiheit für die Anarchisten und Linkssozialisten. Die Ankunft Kalinins und Kuzmins in Kronstadt, die eine provozierende Haltung einnehmen, überstürzte alles. Es wurde ein provisorisches revolutionäres Komitee (PRK) gegründet, das die ganze Bevölkerung der Insel repräsentiert; all das zu einem Zeitpunkt, als die Arbeiter Petrograds unter den Folgen des Terrors die Arbeit wieder aufnahmen.

Die gewaltsamen Zusammenstöße zwischen den Bolschewiki, den Matrosen und den Arbeitern Kronstadts wurden unvermeidbar. Diese wurden als "weiße Garden", als Konterrevolutionäre bezeichnet, die im Dienste der "französischen Kapitalisten" standen (7), ihre Familien wurden als Geiseln genommen, ihnen selbst wurde gedroht, wie Wildenten abgeschossen zu werden. Trotzki, den die Aufständischen den Junker, den Bluthund Trotzki nannten (8), gab am 7. März den Befehl zur Niederschlagung Kronstadts, wodurch viele Matrosen und Arbeiter abgeschlachtet wurden. *"Ich gebe jetzt den Befehl zur Vorbereitung der Niederschlagung der Revolte. Die Aufständischen werden erschossen werden."* (9). Mit dem Schlachtruf "Siegen oder sterben" kämpften die Matrosen und Arbeiter, die alle bewaffnet waren, mit einer Energie der Verzweifelten. Die Regierung hatte Tausende von Soldaten mobilisiert, von denen ein großer Teil aus Zentralasien kam, und die damit der offiziellen Propaganda leichter zugänglich waren. Auch Mitglieder der Bolschewistischen Partei, darunter auch der Arbeiteropposition (10) schlossen sich ihnen an. Hinter ihnen standen die Tschekisten, die viele Deserteure erschossen, oder auf die Truppenteile schossen, die sich den Aufständischen in Kronstadt angeschlossen hatte. Die Truppen Tukatschewskis (11) schlugen den Aufstand

nieder. Tausende von Matrosen und Arbeiter wurden erschossen, die Überlebenden ins Gefängnis gesteckt oder in Lager, wo sie starben (12).

Das Programm der Aufständischen von Kronstadt war nicht ausreichend klar, um die Unterstützung der Linkskommunisten zu gewinnen. Es verwarf sicher jegliche Bejahung einer Nationalversammlung und einer Rückkehr in die Vergangenheit. Sie wünschten einfach auf konfuse Weise eine Diktatur der Räte, ohne irgendeine Partei, und keine Diktatur, die von nur einer Partei ausgeübt wurde.

Diese Idee der Diktatur der Klasse, die der Parteidiktatur gegenübergestellt wurde, wurde jedoch Ende des Jahres 1920 von den holländischen und deutschen Linkskommunisten, insbesondere von der KAPD, entwickelt. Aber der Aufruf zu einer "3. Revolution" seitens der Kronstädter blieb sehr unklar und eröffnete keine Perspektive. Auch die Auffassung, derzufolge man den Bauern auf ihrem Boden eine vollständige Handlungsfreiheit einräumen müßte, ohne "die Lohnarbeit zu benutzen" (13) – konnte nur auf die Ablehnung Gorters und der KAPD stoßen. Diese verwarfen jede Konzession an die Bauernschaft, die sie mit den Kulaken gleichstellten. Anfänglich unterstützte die KAPD die offizielle Version eines Komplottes gegen Sowjetrußland. Unter dem Vorwand, daß französische Boote sich in Reval befanden, um den Aufstand in Rußland zu unterstützen (was falsch war), behauptete die KAPD: *"Die russischen konterrevolutionären Emigranten, die nach Rußland zurückkehren, und der Graf Wangel bereiten sich in Ungarn auf eine militärische Unterstützung vor"* (14).

Die Handlungen der Aufständischen wurden als konterrevolutionär und antikommunistisch verurteilt. *"Die genauen Kenntnisse der Bedingungen in Rußland ermöglichten es den Konterrevolutionären, einen Aufstand auszulösen, der in seiner ersten Phase wie eine 3. Revolution erschien. Im Laufe des Kampfes trat jedoch durch die Forderung nach einer Nationalversammlung deutlich das Wesen dieses Aufstandes hervor, daß er nämlich gegen den Kommunismus gerichtet ist"*. Aber das Organ der KAPD wies auf den Hintergrund hin: Hunger und *"die Unzufriedenheit mit der Diktatur der Partei und der sowjetischen Bürokratie"*. (15)

Erst nachdem die Delegierten der KAPD aus Moskau und insbesondere Arthur Goldstein (16), der die Partei bei Exekutivkomitee der Komintern vertrat, einen detaillierten Bericht gegeben hatten, änderte sich die Haltung der Linkskommunisten. Goldstein gab eine genauere Einschätzung der Bedeutung Kronstadts aus der Sicht der Arbeiterklasse:

"Die Gegensätze zwischen Proletariat und Sowjetregierung traten dann noch schärfer hervor bei dem Ausbruch der Lebensmittelunruhen in Moskau und Petersburg bei denen die Sowjetregierung sehr scharfe Maßregeln, die auch nicht anders sind als in einem kapitalistischen Staate, und ich möchte sagen, daß auch der Kronstädter Aufstand als ein Symptom anzusprechen ist für den Gegensatz zwischen Proletariat und Sowjetregierung. Die Geschichte über den Kronstädter Aufstand ist heute noch nicht abgeschlossen, und wir wollen heute noch kein endgültiges Urteil darüber abgeben. Aber sicher ist heute sowie, daß beim Kronstädter Aufstand nicht nur ausländisches Kapital als Faktor gegen die Sowjetregierung auftrat, sondern daß große Teile des russischen Proletariats innerlich auf Seiten der Kronstädter Aufständischen sich befanden." (Arthur Goldstein auf dem "Außerordentlichen Parteitag der KAPD, vom 11.-14. September 1921 in Berlin", aus Protokoll, S. 58-59). (17)

Diese Haltung der KAPD war viel klarer und fundierter als die, welche Gorter bezogen hatte. Gorter war auf dem 3. Kongreß der Komintern (18) von Radek und Sinowjew beschuldigt worden, Kronstadt unterstützt zu haben. Während er betonte, daß das russische Proletariat sich gegen die kommunistische Partei erhoben hatte, und daß es besser sei, "eine Diktatur der Klasse anstatt eine Diktatur der Partei zu haben", fand Gorter die von den Bolschewiki gegenüber Kronstadt ergriffenen Maßnahmen, als "notwendig". Mittels dieser Maßnahmen war die Konterrevolution niedergeschlagen worden, und Gorter ging davon aus, daß die Linkskommunisten auch in Westeuropa zu solchen Maßnahmen gezwungen sein konnten, wo ein Teil des Proletariats sich auch noch konterrevolutionärer verhalten würde.

"Bei euch konntet ihr, als ein Teil des Proletariats siels gegen euch in Kronstadt und Petersburg erhob, die Gegenrevolution noch unterdrücken. Weil sie bei euch schwach ist. Bei uns aber würde sie, wenn ein Teil des Proletariats sich gegen uns erhöbe, siegen. Denn die Gegenrevolution ist bei uns sehr mächtig." (Herman Gorter, *Die Klassenkampf-Organisation des Proletariats*, ebenda S. 245). (19)

Diese seltsame Auffassung seitens eines Militanten, der eine Klassendiktatur in Gestalt der Arbeiterräte befürwortete – eine Forderung, die zum Teil in Kronstadt erhoben worden war –, hat vor allem ihre Wurzeln in der Einführung der NEP am 15. März. dem Tag, als Kronstadt gestürmt wurde. Wie es Riasanow richtig unterstrich, handelte es sich um ein wahres Brest-Litovsk für die Bauern. Die den Bauern zugestandene Freiheit, über den Überschuß zu verfügen, die Handelsfreiheit, all dies bedeutete ein Zurückweichen gegenüber den kleinbürgerlichen Kräften. Während diese Politik der Konzessionen aus Lenins Sicht ein vorübergehender Rückzug war, kündete dies dennoch die berühmt gewordene, von Bukharin an die Kulaken gerichtete Losung an "Bereichert Euch". Es ist symptomatisch, daß diese Maßnahmen mehr als die Repression jeden Aufstandsversuch der Soldaten zugunsten der Meuternden in Kronstadt entschärften.

Im Gegensatz zur KAPD, die enge Beziehungen mit den Linkskommunisten Rußlands geknüpft hatte und besser informiert war (20), meinte Gorter, daß Kronstadt und die NEP den Triumph einer bäuerlichen

Konterrevolution darstellten. Aus seiner Sicht war eine "kleine Aktion einer Gruppe von Bauern – man behauptete daß die Mannschaften der Kriegsschiffe zum größten Teil aus Bauernsöhnen zusammengesetzt waren, um den Kommunismus niederzuwerfen". Die Bolschewistische Partei erschien aus seiner Sicht als die Partei der Bauernschaft, und "das Proletariat stand im Dienste der Bauernschaft". (21)

Aber alle Linkskommunisten, Gorter, Pannekoek und die KAPD stimmten darin überein, um den konterrevolutionäre Inhalt der wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen zu verurteilen. Vom April 1921 an verurteilte die KAPD durch ihre Delegierten in Moskau die "gegenwärtigen Formen, die sich stark auf eine Art Staatskapitalismus hinentwickeln". Andererseits war nach dem 10. Kongreß der Russischen Partei, auf dem die Arbeiteropposition als organisierte Fraktion wie jede Fraktion im allgemeinen, verboten worden war, die Arbeiterdemokratie in der Bolschewistischen Partei gestorben: "Nach dem letzten Kongreß der Russischen Sowjetrepublik kann es keine Zweifel mehr daran geben, daß es in Rußland keine Klassendiktatur, sondern eine Parteidiktatur gibt" (22). Diese Position Gorters, die von der KAPD geteilt wurde, kündete den Bruch mit der Komintern an. Die russische Frage und damit auch die weitere Entwicklung der Komintern rückte in den Vordergrund der Auseinandersetzungen der deutschen und holländischen kommunistischen Linke. Von nun an sollte sich der Ausgang der russischen Revolution und die weitere Entwicklung der Komintern in Deutschland abspielen.

b) Die Märzaktion 1921

Obgleich sie auf Mitteldeutschland beschränkt blieb, stellte die Märzaktion eine schwere Niederlage der Revolution in Deutschland dar.

Diese Aktion fand auf dem Hintergrund einer allgemeinen Passivität des deutschen Proletariats und einer Reihe von Niederlagen statt. Der sozialdemokratische Innenminister Severing, der 1920 im Ruhrgebiet durch seine Talente als "Befrieder" berühmt geworden war, als er die Reichswehr einsetzte, hatte beschlossen, Mitteldeutschland zu "befrieden", wo die Arbeiter noch ihre Waffen behalten hatten. Am 18. März, dem Tag, als Kronstadt fiel, ließ die Sozialdemokratie Mitteldeutschland militärisch besetzen. Diese Gegend war eine der stärksten Bastionen der beiden rivalisierenden Parteien VKPD und KAPD. Trotz der Spaltung der sächsischen Tendenz um Rühle gab es eine sehr starke, der KAPD nahestehende AAU in den Leuna-Werken, von denen 2.000 von den 20.000 Arbeitern den AAU angehörten. Andererseits waren Leute wie Max Hölz und Karl Plättner Mitglieder der KAPD – obgleich auf eher informelle Weise (23). Aufgrund ihrer Enteignungsaktionen waren sie in Mitteldeutschland sehr beliebt. Sie waren in dieser Gegend die militärischen Organisatoren der Partei.

Als sich auf diesem Hintergrund das deutsche Proletariat in der Defensive befand, fing das Exekutivkomitee der Komintern – oder ein Teil desselben – an, die Theorie "die Revolution forcieren" zu entwickeln. Männer wie Bela Kun wurden nach Deutschland geschickt, um die VKPD zur Offensive zu drängen, auch mittels bewaffneter Aktionen– In Windeseile hatte die Komintern die opportunistische Taktik des "offenen Briefs" an die Gewerkschaften durch eine "Einheitsfront"-Taktik eingetauscht, die ihrerseits abenteuerlich, putschistisch war.

Der von der VKPD verbreitete Aufruf zur Bewaffnung der Arbeiter und zum Generalstreik im Bezirk Halle, wo es die Leuna-Werke gab, stieß auf ein geringes Echo. Gegenüber dieser Passivität schlug Eberlein – der frühere Delegierte der KAPD auf dem ersten Kongreß der Komintern – vor, falsche Attentate gegen die VKPD zu verüben, um die Empörung der Massen zu provozieren. Mit Unterstützung des Exekutivkomitees trat er für den bewaffneten Aufstand um jeden Preis in Mitteldeutschland ein (24).

Die KAPD ihrerseits verfiel auch dem Abenteuerertum. Während die Arbeiter in Mitteldeutschland und auch die der Chemiewerke von Leuna noch zögerten, einen bewaffneten Kampf gegen die sozialdemokratische Partei zu führen, rief sie zum Aufstand auf. Erregte Aufrufe an die Arbeiter in Deutschland wurden veröffentlicht: "Setzt Euch in Bewegung, ob mit Messern oder Gewehren, mit Euren Zähnen oder mit Euren Fäusten; unser Schicksal steht auf dem Spiel". Da sie nicht das Manöver des Putsches der VKPD erkannt hatte, glaubte die KAPD, daß "die Massen der VKPD reagieren, indem sie ihren Losungen folgen. Sie haben ihre Führer dazu gezwungen" (25). Auch gründete die KAPD ein Kampfkomitee mit der VKPD, um die Aktionen mit ihr sowohl hinsichtlich der Streiks als auch auf "militärischer Ebene" zu koordinieren.

Aber in Anbetracht der Regierungsoffensive wurde der von der KAPD und VKPD verkündete Aufruf in Deutschland insgesamt kaum befolgt.

In ganz Deutschland reagierten ungefähr 300.000 Arbeiter. In Berlin beteiligten sich sehr wenige am Streik, trotz der Versuche, mit Überraschungsaktionen, die Fabriken zu besetzen und die Arbeiter daran zu hindern, zur Arbeit zu gehen. Die gemeinsamen Demonstrationen der beiden rivalisierenden Parteien KAPD und VKPD brachten nur etwa 4.000 Teilnehmer auf die Beine. Meistens blieben die Arbeiter sehr mißtrauisch, wenn nicht gar feindlich gegenüber solchen Aktionen. Trotz des sehr großen kämpferischen Verhaltens bei den Märzaktionen war die KAPD insbesondere in Mitteldeutschland gespalten. Einerseits versuchten zwei Führer der KAPD – Franz Jung und Fritz Rasch – die von der Zentrale vor Ort geschickt worden waren, Streiks und bewaffnete Aktionen mit der VKPD zu koordinieren. Auf der anderen Seite organisierte Max

Hölz, der aus Berlin gekommen war, in Mitteldeutschland ohne irgendeine Verbindung mit der KAPD, seine Kommandoaktionen, die eine Guerilla gegen die Polizei im Bergarbeiterbezirk Eislebens betrieb. Das Gleiche gilt für Karl Plättner und eine Reihe anderer anonymen Führer der KAPD, die ihre eigenen Milizen aufstellten, obgleich dies auf weniger spektakuläre Weise als bei Max Hölz geschah. Solche Aktionen wurden übrigens von den Arbeitern der riesigen Leuna-Werke verworfen, von denen mindestens die Hälfte mit der AAU und der KAPD sympathisierten. Die Führer der KAPD und der AAU in Leuna, Peter Utzelmann (26) und Max Prenzlau, die zum Streik aufgerufen und ein gemeinsames Aktionskomitee mit der VKPD gegründet hatten, was zur Bildung von 17 bewaffneten Hundertschaften geführt hatte, verwarfen jeden bewaffneten Kampf mit der Polizei. In Anbetracht des ungünstigen Kräfteverhältnisses wäre jeder Zusammenstoß ein "sinnloses und kriminelles Verbrechen". (27) Sie wußten nicht, daß sich Max Hölz mit seinen Truppen nur einige Kilometer weiter entfernt befand und Jung und Rasch vor Ort waren. Am 28. März befahlen sie einem großen Teil der Aufständischen, den Rückzug anzutreten, um das Massaker zu vermeiden. Sie verließen die Fabrik. Am darauffolgenden Tag wurde die Fabrik von der Polizei bombardiert, die 34 Arbeiter tötete und 1.500 gefangen nahm. Die Wut bei den Mitgliedern der KAPD in Leuna war groß, die nicht mit ihrer Partei und der Taktik Max Hölzens übereinstimmten (28). Max Hölz, der mit seinen Partisanen – 2.000 an der Zahl – umzingelt war, mußte nach einem 10 Tage dauernden Kampf am ersten April aufgeben. Am 31. März gab die VKPD den bewaffneten Kampf auf. Das war das Ende der Märzaktionen, die zu einer Niederlage geführt hatten.

Die Bilanz der Märzaktion war verheerend: ca. 100 Arbeiter getötet, Tausende verhaftet, Tausende mit Zuchthaus bestraft. Hölz, Plättner, Utzelmann wurden auch ins Zuchthaus gesteckt. Die Konsequenzen für die VKPD waren noch schlimmer als für die KAPD. Die Mitgliederzahl bei der VKPD sank von 350.000 auf 150.000 innerhalb weniger Wochen. Aber die Mitgliederzahl der KAPD blieb stabil: von 38.000 im April 1920 zum Zeitpunkt ihrer Gründung stieg sie gar auf 41.000 im September 1921; dies sind Zahlen, die auf ihrem außergewöhnlichen Kongreß bekanntgegeben wurden. Aus der Sicht vieler Arbeiter blieb die KAPD die Partei Max Hölzens, der im Gefängnis immer noch eine große Popularität genoß, die genauso groß war wie die Demoralisierung in den Reihen der Arbeiter selbst. Der individualistische Aktivismus eines Max Hölz war das direkte Gegenstück der kollektiven Passivität der Arbeitermassen. Die von der KAPD auf Max Hölz gerichtete Aufmerksamkeit dauerte jedoch nicht lange. Hölz verließ im November 1921 die KAPD, um in die VKPD einzutreten (29).

Mehr noch als die Kronstädter Ereignisse sollte die Märzaktion die Spaltung innerhalb der KAPD beschleunigen, und auch die zwischen den Linkskommunisten in Holland auf der einen und der VKPD und der Komintern auf der anderen Seite. Die KAPD begann eine lebhafte Polemik –unterstützt von Gorter– gegen die Haltung der VKPD und der Komintern während der Märzaktion von 1921. Eine teilweise von Gorter verfaßte Broschüre (30) wurde eigens zu diesem Zweck veröffentlicht: *Der Weg des Dr. Levi – der Weg der VKPD*. Levi hatte in einer Broschüre mit dem Titel *Gegen den Putschismus* die Haltung der Exekutive der Komintern und der Führung der VKPD während der Märzaktion infrage gestellt. Aus Levis Sicht handelte es sich um den "größten bakunistischen Putsch in der Geschichte". Weil er seine Partei und die Komintern kritisiert und ohne Absprache seine Broschüre veröffentlicht hatte, war Levi aus der Partei ausgeschlossen worden. Aber viele teilten seine Kritik innerhalb der VKPD, insbesondere der rechte Flügel um Clara Zetkin und schließlich auch Lenin in der Komintern. Aus Gorters Sicht wie auch aus Sicht der KAPD war die Broschüre Levis umso gefährlicher, da die Grundlage der Kritik am Putschismus zutraf. Diese Kritik konnte nur zur alten sozialdemokratischen Taktik, pazifistisch und parlamentarisch vorzugehen, zurückkehren, indem sie sich nicht nur gegen die Führung der VKPD und der Komintern richtete, sondern – und das war der wirkliche Hintergrund des Problems – gegen jede Aufstandsbewegung der Klasse zum Zwecke ihrer Verteidigung, auch wenn sie nur von einer Minderheit durchgeführt wurde. Levi gab jede grundlegende Solidarität mit den revolutionären Minderheit des Proletariats auf, die zur Zielscheibe der Offensive des Kapitalismus geworden waren. Sein Weg konnte ihn nur zurück in die Arme der Sozialdemokratie führen (31).

Die Broschüre der KAPD und Gorters war keine Selbstkritik der Handlungen der Partei während der Märzaktionen. Diese Kritik ist eigentlich nie verfaßt worden (32). Es handelte sich um eine Verteidigung der Minderheitsbewegung der Arbeiter Mitteldeutschlands, die in die Defensive gedrängt worden waren. Die KAPD bewies, daß diese Bewegung eine Verteidigungsbewegung war, und daß es sich nicht um eine offensive Taktik, so wie sie von der Komintern und der Führung der VKPD befürwortet worden war, handelte. Der gemeinsame Aufruf der beiden Parteien zum Streik diente "ausschließlich der Verteidigung und der Solidarität gegenüber einem konterrevolutionären Angriff" (ebenda, S. 5).

Gorter und die KAPD stellten die Führung der VKPD und Levi auf eine Ebene. Es handelte um "die Dummheit der VKPD, die Dummheit des Exekutivkomitees Moskaus, die größte Dummheit der 3. Internationale". Der Putschismus der VKPD, unterstrich zurecht Gorter, konnte nur das Gegenstück der parlamentarischen Politik Levis und der Komintern sein. "Die beiden Methoden widersprechen sich nicht. Sie wachsen notwendigenweise auf dem Boden des Opportunismus." (S. 11) (33).

Die Broschüre der KAPD und Gorters litt unter einer Reihe von Interpretationsschwächen. Sie überschätzte stark das Ausmaß der Märzaktionen und den historischen Kurs. Auf widersprüchliche Weise behauptete sie, daß die Märzaktion einerseits eine defensive gewesen sei, andererseits sei sie der "erste bewußte Angriff der revolutionären Proletarier Deutschlands gegen die Staatsmacht der Bourgeoisie gewesen" (S. 21). Während Rühle ziemlich klar erkannte, daß "die Revolution in Deutschland für eine lange Zeit verloren sei" (34) – meinten Gorter und die KAPD, daß es noch einen Kurs hin zur Revolution gäbe. "Die deutschen Arbeiter haben endlich ihre Passivität hinter sich gelassen, die so lange die deutsche Revolution in ihrem Griff gehalten hatte" (ebenda, S. 22).

Dies war eine naive Schlußfolgerung, denn in der gleichen Broschüre wird mit Bitterkeit festgestellt, daß "selbst die großen Arbeitermassen Mitteldeutschlands neutral blieben, wenn sie nicht gar feindlich gegenüber der kämpfenden Avantgarde eingestellt waren" (ebenda, S. 24). Schließlich hatte die Märzaktion nur einen "pädagogischen Effekt für das Klassenbewußtsein" gehabt. "Der offene Kampf gegen den bürgerlichen kapitalistischen Staat deckt das wahre Gesicht der Demokratie auf" (ebenda, S. 25). Aber sollte das deutsche Proletariat wirklich die Märzereignisse 1921 abgewartet haben, um seit 1919 dieses "wahre Gesicht der Demokratie" zu entdecken? Auf diese Frage gab es keine Antwort.

Gorter und die KAPD verstanden nicht, daß der revolutionäre Kurs in Deutschland und in der ganzen Welt dabei war zu kippen. Sie merkten dies erst viel zu spät (35). 1921 setzten sie auf die Weltwirtschaftskrise, während der Kapitalismus anfang, sich bis 1928 unter den Auswirkungen des Wiederaufbaus zu stabilisieren, was in Deutschland nur auf den Zeitraum zwischen 1924-28 zutraf. Die Weltkrise sollte fast automatisch einen revolutionären Sieg ermöglichen "Die Weltkrise, welche 2 Jahre lang durch die Beendigung des Krieges eingegrenzt worden war, fängt jetzt erst richtig an. Sie wird schrecklich sein und kann und wird uns unseren Sieg ermöglichen" (ebenda, S. 19). Diese Verwechslung zwischen historischer Krise des Kapitalismus (Dekadenz), die sich über einen ganzen Zeitraum hin entfaltet, und der offenen Krise, liefert die Erklärung für das Abenteuer der Bildung einer kommunistischen Arbeiterinternationale, die ein Mittel zur Beschleunigung des tatsächlichen Kurses der Geschichte sein sollte.

Auf ihrem 2. Kongreß äußerte sich die Komintern durch eine Stellungnahme Trotzki (36) viel klarer als Gorter, wobei sie die Idee verfolgte, die Taktik der "Einheitsfronten" und des Parlamentarismus fortzusetzen:

"Die Lage wird für uns immer günstiger, aber auch immer komplexer. Wir werden den Sieg nicht automatisch erringen. Der Boden ist von unserem Feind vermint worden, und der Feind ist stark; er sieht sehr wohl unsere Schwächen, er weiß, weiche Manöver er kaltblütig durchführen muß... Je größer die Gefahr ist, desto mehr schmeißt eine Klasse ihre ganzen Kräfte genauso wie jeder Einzelne in den Kampf zur Selbstbehauptung". Und Trotzki schlußfolgerte: "1919 sagten wir: *Es ist alles eine Sache von ein paar Monaten. Heute sagen wir; es ist vielleicht eine Frage von Jahren*". (37)

Praktisch war die kommunistische Strömung der deutschen und holländischen Linken innerhalb der Komintern vollständig isoliert, bevor sie auf einem Kongreß der Internationale (dem 3.) zum letzten Mal ihre Stimme erheben konnte. Innerhalb der Internationale hatte es schließlich kaum Reaktionen gegen die Politik des russischen Staates und die Taktik der Komintern gegeben. Und die Haltung Clara Zetkins, die den Standpunkt Levis vertrat, wurde von Lenin vor dem Kongreß unterstützt. Aber für die Holländer wie für die Deutschen kam es darauf an, bis zum Ende für die Rettung der russischen Revolution und die Weltrevolution zu kämpfen, indem die 3. Internationale aus den Händen des russischen Staates gerissen werden sollte:

"Wir müssen mit allen Mitteln durch Handeln versuchen, daß Rußland eine Arbeitermacht bleibt. Aber wir müssen uns trotzdem das Ziel setzen, daß die 3. Internationale sich politisch und organisatorisch vom politischen System des russischen Staates löst, um die Bedingungen der Revolution in Westeuropa zu berücksichtigen. Die nächste Etappe auf dem Weg zu diesem Ziel scheint uns der Aufbau einer politischen Kraft in Westeuropa zu sein, die im engeren Kontakt mit Moskau es ermöglicht, eine ständige Unabhängigkeit in allen politischen und taktischen Fragen hinsichtlich Westeuropas zu gewinnen." (KAZ, 1. Mai 1921).

Dieser Vorschlag, der 1926 von Bordiga aufgegriffen wurde, ließ jedoch die Frage der Kontrolle der Politik des russischen Staates und der bolschewistischen Partei durch die 3. Internationale ungeklärt. Dieser Vorschlag erschien wie ein frommer Wunsch, der auch von Pannekoek geteilt wurde. Aus seiner Sicht war mit der "Märzaktion die geistige Führung der westeuropäischen Revolution von Rußland auf Westeuropa selber übergegangen". Für die Arbeiter Europas sollte das russische Proletariat und "vor allem seine Führer einfache Kampfgefährten und ein Verbündeter sein" (38).

Obgleich sie zur Isolierung verurteilt waren und als Anarchisten und linke Sozialrevolutionäre (39) von den russischen Führern der Komintern bezeichnet wurden, beabsichtigten die Linkskommunisten damals noch nicht die Gründung einer Internationale und noch weniger die Errichtung eines Bundes der Unzufriedenen. Die deutsch-holländische Strömung verwarf jedes Bündnis oder eine Front mit anarchistischen Elementen, selbst wenn sie aus der Komintern ausgeschlossen werden sollte. In einer Antwort an den Anarchisten Erich Mühsam, der eine Zeitlang Mitglied der VKPD gewesen war, bevor er aus dieser ausgeschlossen wurde, und der im Anschluß daran eine "Front aller Ausgeschlossenen" errichten wollte, brachte Pannekoek im Namen der Linken ein kategorisches Nein zum Ausdruck. Selbst als sie vom 3. Kongreß ausgeschlossen

worden waren, blieben die deutsche und holländische Linken solidarisch mit den Bolschewiki: "Sie wollen einen Bund aller von Moskau ausgeschlossenen revolutionären Gruppen bilden. Wir wollen das nicht weil ein solcher Bund von selbst eine Spitze gegen Moskau bekommen würde. Wir fühlen uns, trotzdem der Moskauer Kongreß unsere Richtung ausschloß, völlig solidarisch mit den russischen Bolschewiki... Wir bleiben daher solidarisch, nicht nur mit dem russischen Proletariat, sondern auch mit seinen bolschewistischen Führern, trotzdem wir ihr Auftreten innerhalb des internationalen Kommunismus aufs schärfste kritisieren müssen." (*Die Aktion*, Nr. 11-12, 19. März 1921).

Die Antwort Pannekoeks war schon eine gewisse Warnung. Nach Kronstadt und der Märzaktion stand der Ausschluß der Linkskommunisten aus der Komintern vor der Tür. Die holländische Linke sollte dies als erste zu spüren bekommen.

2. DER AUSSCHLUSS DER KOMMUNISTISCHEN LINKE

a) Die Linke der Kommunistischen Partei Hollands

Nachdem Wijnkoop die Thesen des 2. Kongresses der Komintern unterstützt hatte, wurden die Angriffe gegen die Opposition der KPN seitens der Führung um Wijnkoop immer heftiger. Obgleich die Opposition sich um ihr Organ "De Roode Vaan" zusammengeschlossen hatte, blieb sie isoliert. Nur ein Drittel der Mitglieder der Partei sympathisierte mit ihr, aber sie hatte ein großes Echo unter den Arbeitern der KPN. Die Sektionen in den Industriestädten wie Enschede und Zwolle standen auf ihrer Seite. Intellektuelle wie Pannekoek selber und vor allem Henriëtte Roland Holst – immer zum Zentrismus geneigt – zögerten sehr, den Kampf auf der Seite Luteraans und Gorters zu führen. Pannekoek fiel es leichter, sich aus der Ferne an der Seite der KAPD gegen den Opportunismus der Komintern zu engagieren, als den praktischen Kampf gegen diesen gleichen Opportunismus innerhalb seiner eigenen Partei zu führen (40).

Nach dem 2. Kongreß der Komintern hatte die Opposition keinen Zweifel daran, daß Wijnkoop, den sie den holländischen Levi nannten, durch "völlig despotische und persönliche Methoden sich anschickte, die Oppositionsströmung auszuschließen. (41)". Sie konnte auf keinen Fall mit der Unterstützung der anarchistischen, syndikalistischen NAS rechnen, die Hand in Hand mit der KPN arbeitete. Wie für die KAPD und Pannekoek stand es außer Frage, eine Oppositionsfront mit den revolutionären Syndikalisten zu bilden, die die Politik Moskaus kritisierten. Deutlich stellte "De Roode Vaan" die NAS und Wijnkoop auf die gleiche Ebene: "Von einigen Ausnahmen abgesehen begehen die Syndikalisten in allen Ländern einen Verrat. Sie sind Gegner des Rätensystems, der Diktatur. Sie treten ein für einen zerstörerischen Pazifismus im Bereich der Innen- und Außenpolitik" (42). Die Zusammenarbeit mit der sozialdemokratischen Gewerkschaft Troelstras, der NVV, kündigte einen Zusammenschluß mit dieser an, was ein weiterer Grund war dafür, daß die Opposition die NAS bekämpfte.

Die Ankündigung eines Zusammenschlusses zwischen der NAS und NVV sollte die Opposition jedoch einige Zeit verschonen. Auf dem Oktoberkongreß der KPN im Jahre 1920 hatte die Führung der Partei eine Resolution vorgeschlagen, die die Auflösung der NAS in der NVV gemäß den Richtlinien des 2. Kongresses der Komintern beabsichtigte. Aber nicht nur in der NAS, sondern auch in der KPN regte sich dagegen großer Widerstand. Die große Mehrheit sprach sich gegen die Gewerkschaftspolitik Moskaus aus und auch gegen Van Ravesteyn, der dessen entschlossenster Anhänger war. Wijnkoop tat so, als ob er die Beschlüsse des 2. Kongresses anwenden wollte, aber in Wirklichkeit unterstützte er all jene, die aus unterschiedlichen Gründen die russische Politik kritisierten. Deshalb ließ er es auch zu, daß ein Artikel Luteraans gegen die Politik der Komintern veröffentlicht wurde, was ganz ungewöhnlich war, denn er verfügte über eine absolute und despotische Kontrolle über *De Tribune*. Luteraan hob den "Hauptfehler der 3. Internationale hervor, der darin besteht, alle Länder der Linie Rußlands zu unterwerfen" (43). Sowohl von der Mehrheit als auch von der Opposition angegriffen, wurde die Resolution als "verfrüht" vom Kongreß erklärt und auf den nächsten Kongreß verschoben.

Diese von Wijnkoop verfolgte Taktik der Opposition war jedoch nur von kurzer Dauer. Weniger Monate später verfügte er im April 1921 die Auflösung der Sektion in Enschede. Diese hatte einen Antrag verfaßt, in dem gefordert wurde, daß die beiden Strömungen der Partei auf dem im Juni des Jahres stattfindenden 3. Kongreß der Komintern vertreten sein sollten. Die Opposition forderte nur, daß die elementarsten Regeln der Arbeiterdemokratie angewandt werden sollten. Durch die Auflösung der Sektion in Enschede und ihre Ersetzung durch eine neue, "löste" die Führung um Wijnkoop den Antrag der Sektion auf ihre Art. Diese Angelegenheit war der Beginn einer wahren Hexenjagd gegen all diejenigen, die sich mit der aufgelösten Sektion von Enschede solidarisierten. Luteraan wurde im Mai 1921 aus der KPN ausgeschlossen.

Aber Wijnkoop begnügte sich nicht damit. Er zögerte nicht vor Verleumdungen gegen einen Genossen aus Enschede, G.J. Geers (44), der mit 40 anderen Mitgliedern der Sektion ausgeschlossen wurde. Ihm wurde vorgeworfen, ein deutscher Spion zu sein, obgleich er sich zum entsprechenden Zeitpunkt in Spanien befand. Aber seine einzige "Schuld" bestand darin, daß er einer der Hauptredakteure der *Roode Vaan* war.

Alle, die sich mit Luteraan und Geers solidarisierten, wurden ausgeschlossen. Dies geschah auch mit den Genossen aus Zwolle im Juni.

Man muß beachten, daß all diese Ausschlüsse gegen die Statuten verstießen, da sie nicht von einem Kongreß der Partei, sondern von den Führungsgremien der KPN beschlossen worden waren. Alle Anträge der Ausgeschlossenen, ihren Ausschluß bis zum nächsten Kongreß der KPN aufzuheben, welcher im November stattfinden sollte, wurden verworfen. Die letzte Handlung Wijnkoops gegen die Opposition bestand darin, die *Nieuwe Tijd* aus den Händen der Opposition zu reißen. Es gelang ihm nicht, denn die Mehrheit der Redaktion, die die alte marxistische Zeitung in ihren Händen hielt, weigerte sich. Sie wollte auch nicht die Führung Henriëtte Roland Holst anvertrauen, der die Opposition auf eine sentimentale Art und Weise unterstützte, der aber aufgrund seiner ihm typischen Schwäche der Mehrheit folgte (45). Schließlich erschien die letzte Nummer im Dez. 1921. In der Zwischenzeit hatte Pannekoek die KPN verlassen, obgleich er bei der Redaktion der *Nieuwe Tijd* weiter mitarbeitete, ohne gleichzeitig jedoch in die KAPN eingetreten zu sein, die mittlerweile gegründet worden war.

Nach all dieser Welle von Ausschlüssen, deren letzter der der Sektion in Deventer war – eine Ironie der Geschichte, denn Deventer war das glorreiche Symbol der tribunistischen Strömung, denn sie wurde hier zu Grabe getragen, – organisierte sich die Opposition aktiv. Von den 2.000 Militanten der KPN waren ungefähr 200 ausgeschlossen worden. Sie gründeten am 4. Sept. 1921 die Kommunistische Arbeiterpartei der Niederlande in Amersfoort. Sie war in 10 Orten vertreten, darunter Amsterdam und Rotterdam. In der KPN gab es weitere Spaltungen (46).

b) *Der Ausschluss der Kommunistischen Linke Bulgariens aus der Komintern*

Seit Mai 1919 hatte sich innerhalb der bulgarischen kommunistischen Partei eine Opposition herausgebildet. Die Bulgarische Kommunistische Partei zählte ungefähr 25.000 Mitglieder, von denen 2.000 Industriearbeiter waren. Von ihrem Gründungskongreß an vertrat die Opposition eine linkskommunistische Linie: Verwerfung des Parlamentarismus, Verwerfung jeder Allianz mit der Bauernschaft, deren politischer Repräsentant die Partei Stambuljiskis war, der an der Spitze der Regierung stand (47). Dies war einer der Gründe für den Ausschluß der Opposition aus der Partei. Sie agierte somit sowohl außerhalb als auch innerhalb der Partei. Im Sept. 1920 wurden "in fast allen Industriezentren" linkskommunistische Gruppen gegründet, die unter der Führung des Journalisten Iwan Gantschew eine Zeitung *Iskra* ("Der Funke") herausgaben. Diese Gruppen wählten damals ein provisorisches Zentralexekutivkomitee (48). Ihr Kampf gegen die Politik der Zentrale der bulgarischen KP wurde verschärft geführt, als die KP im Nov. 1920 – der Politik der Komintern folgend, Bündnisse mit der linken Sozialdemokratie zu schließen – sich mit der Mehrheit der Sozialdemokratie zusammenschloß. Dieser Zusammenschluß ergab eine große Massenpartei mit 40.000 Mitgliedern, was in Anbetracht einer 150.000 starken Arbeiterklasse eine sehr große Zahl war. Weil sie sich einer Politik des Bündnisses und damit auch der Führung der Partei entgegenstellten, wurde eine Reihe von Arbeitern in den Industriezentren ausgeschlossen (49). Im Frühjahr 1923 wuchs die Opposition von 1.000 auf 2.000 Mitglieder innerhalb und außerhalb der Partei

Die Opposition wollte keinesfalls aus der Partei und der Komintern austreten. Zu diesem Zweck schickten "linkskommunistische Gruppen der bulgarischen KP Delegierte nach Moskau, um ein Mandat zu haben, das ihnen emzögligte, zumindest mit beratender Stimme am 3. Kongreß der Komintern teilzunehmen". Vom März 1921 an hielten sich bulgarische Delegierte in Moskau auf und versuchten mehrfach ein Mandat zu erhalten – wie das im Falle der Opposition der VKPD der Fall gewesen war, um sich voll am Kongreß der Internationale zu beteiligen, der sie angehörten (50). Dies wurde von Radek verweigert, aus dessen Sicht es keine "bulgarische Frage" gab. Nach dieser Ablehnung nahmen die Linkskommunisten Kontakt mit den Delegierten der KAPD im Moskau im Juni-Juli auf, und schickten gar Delegierte nach Berlin, um mit der Führung der KAPD Kontakt aufzunehmen und auch an ihrem nächsten Kongreß teilzunehmen.

Nachdem sie praktisch aus der Komintern ausgeschlossen waren, blieb ihnen nichts anderes übrig als eine eigene Partei zu gründen. Dies taten sie nach dem Kongreß der KAPD. In der Industriestadt Slivno – ein bedeutendes Textilzentrum – wurde auf einer Konferenz vom 7-10. Jan. 1922 die Kommunistische Arbeiterpartei Bulgariens gegründet, deren Exekutivkomitee sich in der Hafenstadt von Varna (51) befand. Die Statuten der Partei sahen vor, daß 2/3 des zentralen Exekutivkomitees Arbeiter sein sollten, und daß dies alle 3 Monate ersetzt werden sollten. Dies geschah aus Angst vor einer Bürokratisierung und der Intellektuellen. Ihr Organ war die *Rabotničeska Iskra* (Arbeiterfunke), die von "einem Arbeiter herausgegeben" wurde. Eine sehr "ouvrieristische" Richtung einschlagend, hatte diese Partei, die mehr als 1.000 Mitglieder umfaßte und hauptsächlich aus Arbeitern zusammengesetzt war, ein großes Mißtrauen gegenüber den Intellektuellen der Partei.

c) *Der Ausschluss der Deutschen Kommunistischen Linken*

All diese Ausschlüsse waren mit der Zustimmung des Exekutivkomitees vollzogen worden, auch in Holland, wo Wijnkoop zur Rechtfertigung des Ausschlusses der Opposition sich auf die Delegierten der VKPD beim Exekutivkomitee der Komintern gestützt hatte (52).

Die KAPD, die nach Moskau mit der Hoffnung gekommen war, die Politik der Komintern ändern zu können, und auch ein eigenständiges Mitglied zu werden, nachdem die 21 Beitrittsbedingungen aufgehoben worden wären, mußte sehr schnell eine Enttäuschung erleben. Nachdem die Delegierten Kontakt mit den verschiedenen Delegierten aufgenommen hatten, mußten sie erkennen, daß es keine Möglichkeit gab, eine internationale Opposition innerhalb der Komintern zu schaffen. Die fruchtbarsten Kontakte waren mit den Bulgaren, der Arbeiteropposition (53), den Delegierten Mexikos, Luxemburgs, Belgiens (van Overstraeten), Englands und Glasgows (54) oder auch mit den Syndikalisten der spanischen CNT und den amerikanischen IWW hergestellt worden. Aber abgesehen von den Bulgaren weigerten sich alle anderen, aus Angst vor dem Ausschluß der Internationale, eine organisierte Opposition zu bilden. Die 5 Delegierten der KAPD (55) mußten sehr schnell erkennen: sie standen allein auf weiter Flur, aber sie blieben bis zum Ende des Kongresses. Dies war ein großer Unterschied im Vergleich zu der unverantwortlichen Haltung Rühles auf dem 2. Kongreß.

"Wir standen allein da. Wir mußten unsere Aufgabe der Gründung einer Opposition fallen lassen. Aber wir konnten daraus nicht die Schlußfolgerung ziehen, daß die Arbeit der KAPD auf dem Kongreß in Moskau nicht gerechtfertigt gewesen wäre, und daß wir uns etwa so hatten verhalten sollen wie Otto Rühle auf dem 2. Kongreß." (56).

Mit großem Mut bemühte sich die KAPD, ihre Positionen auf dem Kongreß zu verteidigen. Zu allen Tagesordnungspunkten meldete sie sich zu Wort (Wirtschaftskrise und historischer Kurs, Gewerkschaften, russische Frage, Märzaktion). Die Interventionen ihrer Delegierten, deren Redezeit auf nur 10 Minuten beschränkt worden war, stießen auf Reaktionen wie Lachen, Unterbrechungen oder gar Indifferenz. Die Tagesordnung wurde zu ihren Ungunsten umgeschmissen. Ihre Thesen konnten auf dem Kongreß nicht diskutiert werden. Ihnen wurde verweigert –im Gegensatz zu einer Tradition in der revolutionären Bewegung–, für die Opposition Gegenberichte zu den Einleitungsberichten vorzutragen. Schließlich wurde ihr ein Ultimatum gestellt, sich innerhalb der nächsten drei Monate mit der VKPD zusammenzuschließen, sonst würde sie aus der Komintern ausgeschlossen. Die Delegierten der KAPD verwarfen das Ultimatum. Obgleich das Zentralkomitee der Partei ihnen die "Vollmacht" erteilt hatte, um "sofort aus der 3. Internationale auszutreten", verhielten sich die Delegierten der KAPD sehr verantwortlich. Sie verkündeten nicht den Austritt aus der Komintern, weil sie wollten, daß sich die Gesamtheit der Partei ohne Vorurteile und ganz überlegt eine Entscheidung treffen sollte (57).

"Die Delegation verwirft einstimmig das Fusionsultimatum der VKPD. Trotz unserer Vollmacht dazu erklären wir nicht den Austritt der KAPD aus der 3. Internationale. Unsere Genossen werden selber Stellung beziehen. Sie werden ihre Antwort auf den Entschluß geben, den Weg des Reformismus, des Opportunismus eingeschlagen zu haben. Das internationale Proletariat wird diese Antwort hören. Wir haben unsere Entscheidung getroffen und sind uns voll der Tragweite und Schwere bewusst. Wir sind uns über unsere Verantwortung gegenüber den deutschen Arbeitern, gegenüber Sowjetrußland, gegenüber der Weltrevolution klar. Die Revolution wird durch keine Resolution dieses Kongresses an irgendetwas gebunden sein. Sie wird leben. Sie wird ihren Weg fortsetzen. Wir gehen mit ihr, begleiten sie. Wir setzen unseren Weg in ihren Diensten fort."

Als revolutionäre Strömung stand die KAPD vor einer schweren und schmerzhaften Wahl, auch deshalb, weil sie sich auf die gesamte linkskommunistische Strömung auswirken würde:

- entweder mit der VKPD zusammengehen, wodurch man schnell als unabhängige Strömung untergehen werde, denn die Führung dieser Partei würde entsprechende Manöver gegen sie einleiten. Die Möglichkeit der Bildung einer Fraktion erwies sich praktisch als nicht gegeben, dies hatte jedenfalls das Beispiel der holländischen KP gezeigt. – oder sie würde zu einer externen Fraktion der Internationale werden, wie es später die Bordigisten taten, mit der Absicht, die Komintern wiederzuerobern und auch die deutsche VKPD, wobei sich andere größere Fraktionen gleichzeitig bilden müßten,
- oder sie könnte als Gründungsteil einer organisierten linkskommunistischen Strömung auftreten, die international und zentralisiert handelte, und daß man auf die Bedingungen der Gründung einer neuen kommunistischen Internationale hinarbeiten würde, – oder sie würde sich ganz künstlich und ohne Berücksichtigung der subjektiven Bedingungen für die Bildung und Gründung einer neuen 4. Internationale entscheiden.

Die zu treffende Entscheidung hing von einer klaren Analyse der internationalen Lage und des historischen Kurses ab, sowie von einer theoretisch untermauerten Einschätzung des Wesens der russischen Revolution und der Komintern. In Anbetracht des anstehenden außerordentlichen Kongresses der KAPD, der 2 Monate nach dem 3. Kongreß der Komintern stattfinden sollte, war eine Klärung innerhalb der deutschholländischen Strömung dringend erforderlich, die aber nicht überstürzt sein dürfte.

Aber die Führung der KAPD – die stark von Gorter beeinflusst war – ließ sich vom Juli 1921 an in überstürzte Entscheidungen treiben. Den 31. Juli 1921 (58), trotz des Widerstands der Vertreter aus Hannover und Ostsachsen, trotz der Enthaltung des größten Parteibezirks – dem "Großberlins" – entschied sich die Führung der Partei unter Schröders Einfluß für die Annahme einer Resolution, die den Bruch mit der 3. Internationale verkündete. Schwererwiegend als diese außerhalb des Rahmens eines Kongresses getroffene Entscheidung war der Beschluß, auf die "Errichtung einer Kommunistischen Arbeiter-internationale" hinzuwirken. Die Resolution wurde als ein "Votum" der Führung der KAPD hingestellt:

"Der Zentralausschuß ist der Auffassung daß durch den Verlauf des 3. Weltkongresses im Prinzip der Bruch mit der Moskauer Internationale vollzogen ist.

1. Der Zentralausschuß erblickt mit Rücksicht auf die Notwendigkeit des internationalen Klassenkampfes den Aufbau einer kommunistischen Arbeiter-Internationale für die dringendste Aufgabe des revolutionären Weltproletariats. Der Zentralausschuß ist weiterhin der Auffassung daß Grundsätze, Taktik und Organisationsform dieser kommunistischen Arbeiter-Internationale angepaßt sein müssen den Kampfbedingungen der proletarischen Revolution.

2. Der Zentralausschuß erklärt, daß unsere Politik gegenüber der russischen Sowjetregierung bestimmt wird durch deren jeweilige Haltung. Wenn die Sowjetregierung auftritt als Kampffaktor der proletarischen Revolution, muß die KAPD sie durch aktive Solidarität unterstützen. Don wo sie diesen Boden verläßt und als Sachwalterin der bürgerlichen Revolution erscheint, muß sie von der KAPD ebenso entschieden bekämpft werden." (KAZ, Berlin, Nr. 219)

Die russische Frage – proletarische Revolution oder Doppelrevolution – stand sehr wohl im Mittelpunkt der Debatten innerhalb der KAPD.

3. Gorter, die KAPD und die Bildung der KAI

Gorter und die Holländer – mit Ausnahme von Pannekoek, der sich aus wenig ersichtlichen Gründen 1927 aus der Politik zurückzog (2) – beteiligten sich sehr aktiv an den Debatten der KAPD. Aber im Gegensatz zu den Jahren 1919 und 1920 erwies sich diese Aktivität als eher negativ für die KAPD, denn sie brachte viele Verwirrungen in ihren Reihen hervor.

a) Die Russische Frage: Staatskapitalismus, Partei und Internationale

Erst spät machten die holländischen Theoretiker eine kritische Einschätzung des Verlaufs der russischen Revolution. Bis 1920 meinten sie, die russische Revolution orientiere sich hin zum Kommunismus. Sie unterschieden genau die Politik der bolschewistischen Partei in der Internationale von der Wirtschaftspolitik, die sie und der Staat betrieben. Pannekoek meinte, in Rußland "gibt es in der Industrie in Anbetracht einer sehr stark zentralisierten Wirtschaft keine Form der Ausbeutung" – obwohl die Bolschewiki dies aufgrund des vorübergehenden Charakters der NEP nicht behaupteten. Und er zog daraus die Schlußfolgerung Rußland würde die Dekadenz des Kapitalismus "aushalten" können. Im Gegensatz, es war dabei, in eine neue Zivilisationsstufe einzutreten, die es "zu einem Zentrum der neuen weltkommunistischen Ordnung" werden ließ (60). Während Pannekoek die Gefahr einer "neuen Bürokratie" hervorhob, faßte er diese jedoch nicht als den Träger der Konterrevolution auf. Aus seiner Sicht kam die Gefahr der Konterrevolution hauptsächlich von Außen. Abfinden des Sowjetstaates in einem Modus Vivendi mit dem Weltkapitalismus und gegenseitigen Übereinkommen mittels Diplomatie. Von Staatskapitalismus ist bei ihm noch nicht die Rede. Aus der Sicht Gorters und Pannekoeks war die russische Revolution proletarisch gewesen, genauso wie es die bolschewistische Partei war.

Gorter wiederum meinte schon ab 1918, daß die Todesgefahr für die Russische Revolution in Gestalt der Bauernschaft auftrete. In einem Brief an Pannekoek schrieb er: "Die größte Gefahr für das Sowjetrußland besteht nicht in der Konterrevolution und auch vielleicht nicht in der Entente, sondern sie kommt von den Bauern" (61). Diese Zwangsvorstellung von den Bauern als einzigem konterrevolutionären Faktor tauchte auch 1921 wieder auf nach der Niederschlagung des Aufstands der Arbeiter und Matrosen von Kronstadt und nach Einführung der NEP. Eine Broschüre der KAPD griff dies eingehend auf: "Die Moskauer Internationale" (62). Gorters Untersuchung des Wesens des russischen Staates und der Komintern war rein phänomenologisch. Aus seiner Sicht war der russische Staat "kleinbürgerlich" geworden, genauso wie auch die 3. Internationale. Die russische Revolution wurde zu einer Doppelrevolution: "zu einem kleinen Teil proletarisch kommunistisch, zum großen Teil demokratisch-bäuerlich".

Solch eine zumindest überstürzte Analyse stand im Gegensatz zu den Aussagen und Methoden des Marxismus. Die Bauernschaft genausowenig wie das Kleinbürgertum im allgemeinen sind keine wirkliche Klasse, sondern eine Gesamtheit von heterogenen Schichten, die zwischen Proletariat und Bourgeoisie hin- und herschwanken. Während es zwar in der Geschichte unzählige Bauernrevolten gegeben hat, ist daraus nie eine Bauernrevolution mit einem eigenen Staat hervorgegangen. Aus marxistischer Sicht gibt es nur zwei

Staatsformen im Kapitalismus, den bürgerlichen Staat und den Übergangsstaat, der unter der Kontrolle der Arbeiterklasse steht. Die proletarische Revolution kann entarten, bis sie gar verschwindet, aber keinesfalls kann sie sich in eine bürgerliche Revolution umwandeln. Alle Marxisten der damaligen Zeit, auch Gorter und Pannekoek, hatten übrigens mit Rosa Luxemburg betont, daß der Zeitraum der bürgerlichen Revolutionen abgeschlossen war. Aber keinesfalls hielten sie eine "kleinbürgerliche Revolution" für möglich. Hinsichtlich des Vorwurfs des kleinbürgerlichen Charakters der Komintern, kann man sich kaum vorstellen, daß das Kleinbürgertum, zusammen mit der Heerschar der an die Nation gebundenen Schichten, eine Internationale auf die Beine stellen kann. Es stimmt zwar, daß die Komintern dieser, im revolutionären Lager "neuen" Idee Vorschub leisten konnte, als sie eine "Bauerninternationale" schuf (63).

Eine ernsthaftere Diskussion entwickelte sich innerhalb der KAPD im Hinblick auf den außerordentlichen Kongreß der Partei zur russischen Frage. Auf dessen Grundlage wurde eine Broschüre veröffentlicht, die von einem Mitglied des Zentralausschusses, Dr. Adolf Dethmann aus Kiel (64), verfaßt worden war, der für die Wissenschaftsschule der Partei verantwortlich war und der Fraktion um Schröder und Gorter verbunden war: "Die sowjetische Regierung und die 3. Internationale im Schlepptau der internationalen Bourgeoisie". Die Broschüre, die im August gedruckt wurde, womit wenig Zeit vorhanden war für den Kongreß, der im September stattfand, wurde von Gorter ins holländische übersetzt. Sie diente als Bezugspunkt für die ganze linkskommunistische Bewegung, von den Holländern bis zu den Bulgaren. Gorter stützte sich später in großem Maße auf diese Thesen, um sie zu den Grundlagen der KAI zu machen (65).

Um den konterrevolutionären Kurs zu erklären, der vom Staat eingeschlagen und von der bolschewistischen Partei verfolgt wurde, definierte die KAPD die russische Revolution als eine Doppelrevolution: sie sei gleichzeitig sowohl eine bürgerliche als auch eine proletarische Revolution gewesen. Diese Auffassung, die von der bordigistischen Strömung nach 1945 (66) weitgehend wieder aufgegriffen und weiterentwickelt wurde, konnte sich zum Teil auf Texte Lenins und der Bolschewiki stützen, die implizit von einem doppelten Charakter der Revolution sprachen: "demokratisch-bürgerlich" und "proletarisch" (67). Die Revolution sei eine Doppelrevolution gewesen, weil sie einerseits den Feudalismus abschaffe, um den Kapitalismus auf dem Lande einzuführen; andererseits schuf das Proletariat in den Städten den Kapitalismus ab: "In den Großstädten gibt es der Übergang zum Sozialismus, auf dem flachen Land der Übergang vom Feudalismus in den Kapitalismus. In den Großstädten vollzog sich die proletarische, auf dem Lande die bürgerliche Revolution" (S. 7).

Aus der Sicht der KAPD war die russische Revolution ein "Kompromiß zwischen zwei Revolutionen" (S. 17). Die Leibeigenen auf dem Lande schlossen sich mit dem Proletariat gegen die "Feudaladligen" zusammen. Und indem diese gleichen Leibeigenen das Land besetzten, stellten sie die "bürgerliche Klasse" dar. Diese Auffassung stand außerhalb der historischen Wirklichkeit, da die Leibeigenschaft seit dem Ende des 19. Jahrhunderts abgeschafft worden war, und das Land seit Stolypin vom Kapitalismus durchdrungen war. Darüberhinaus konnte man den Großteil der Bauernschaft, die wirtschaftlich zu rückständig war, kaum als eine Bourgeoisie betrachten. Die KAPD suchte die Bourgeoisie dort, wo es sie nicht zu finden gab. Die Bürokratie wurde aufgrund ihrer gesellschaftlichen Zusammensetzung untersucht und nicht aufgrund ihrer Funktion in den Produktionsverhältnissen. Der Bürokratismus sei ein Ausdruck des Kleinbürgertums auf der Grundlage einer Mangelwirtschaft und nicht aufgrund einer bürgerlichen Funktion.

Im Unterschied zu den Rätekommunisten der 30er Jahre meinten die KAPD und Gorter keineswegs, die russische Revolution sei eine bürgerliche Revolution gewesen. Dies konnte nur einen Rückschritt darstellen. Die Phase der proletarischen Revolution stand in Rußland auf der Tagesordnung, aber sie sei zugunsten des bürgerlichen Staates ausgelöscht worden, womit sei der unteren Stufe der bürgerlichen Revolution entsprach (68):

"Aus dem proletarischen Sowjetrußland der roten Oktobers beginnt ein bürgerlicher Staat zu werden" (ebenda, S. 15). "Das russische Proletariat hat damit bereits seinen Staat aus den Händen verloren" (S. 22)

Folglich wurde Sowjetrußland zu einem Stützpunkt der internationalen Konterrevolution. Diese Position stellte die Verteidigung Sowjetrußlands infrage. Denn "von Fall zu Fall" müßte die Möglichkeit seiner Verteidigung überprüft werden; seine Regierung sollte durch das Weltproletariat verteidigt werden, wenn sie "zusammen mit dem russischen Industrieproletariat gegen den gemeinsamen reaktionären Feind den Feudaladel kämpft (Das Proletariat) hat ihr aber jede Hilfe zu versagen, wo sie als Vertreterin der inzwischen zur herrschenden Klasse gewordenen Bauer- und Bauerntum im Gegensatz zum russischen Proletariat gerät" (S. 25).

Trotz der Konterrevolution betonte die KAPD, daß die Lehren der russischen proletarischen Revolution für die ganze Welt gültig blieben. Sie würden in einer zukünftigen russischen Revolution, in der man den Kapitalismus über Bord werfe, angewendet und gültig bleiben.

"Das revolutionäre Proletariat der ganzen Welt verdankt dem russischen Proletariat unendliches. Das russische Proletariat hat ihm die Wege und Methoden (Massenstreik und Aufstand) gewiesen, die zur politischen Macht führen; es hat ihm zugleich die Form des proletarischen Staates, die Arbeiterräte, aufgezeigt. Das ist die große Tat, der alles überragende Erfolg der russischen Revolution." (ebenda, S. 28). (69)

Der zweite Punkt, der von der Broschüre Adolf Dethmanns aufgegriffen wurde, war die Haltung, die die KAPD gegenüber der Russischen Kommunistischen Partei haben sollte. Dies war bislang ungewiß. Einerseits ging man implizit davon aus, obgleich die bolschewistische Partei in ihrem Niedergang steckte, war sie noch fähig, proletarische Fraktionen hervorzubringen. Die KAPD rechnete stark mit der russischen Arbeiteropposition, damit es zu einer Abspaltung einer zweiten proletarischen Partei komme. Andererseits erschien die russische Partei so, als ob sie endgültig in das Lager der Bourgeoisie übergewechselt war. Aber auf seltsame Weise erschien Lenin der KAPD –und hier kann man den ganzen Einfluß Gorters merken –als der "Repräsentant der russischen Bauern, mit anderen Worten der internationalen Bourgeoisie" (S. 29).

Das gleiche Unverständnis des schrittweisen Prozesses des Niedergangs fand man bei der Analyse der 3. Internationale. Sie wurde endgültig für tot erklärt, weil sie sich vollständig dem russischen bürgerlichen Staat unterworfen habe: *"Die 3. Internationale ist für die proletarische Weltrevolution verloren. Sie befindet sich ebenso wie die 2. Internationale in den Händen des Bürgertums. Der ganze Unterschied zwischen beiden besteht nur darin, daß die 2. Internationale in ihren einzelnen nationalen Parteien abhängig ist von den einzelnen bürgerlichen Staaten, während die 3. Internationale in ihrer Gesamtheit abhängig ist von einem einzigen bürgerlichen Staat."* (ebenda; S. 30).

Die KAPD betrachtete alle Sektionen der Komintern als verloren. Dies bedeutete demzufolge, daß aus ihren Reihen keine revolutionären Fraktionen hervorgehen könnten, auch nicht aus ihren nationalen Sektionen. Wenn die "einzelnen Sektionen" der Komintern nur als "politische Hilfsgruppen in den Händen der bürgerlichen sowjetischen Regierung sind" (S. 32), dann fiel die ganze Politik der KAPD, Oppositionsgruppen zu bilden, in sich zusammen. Im Gegensatz zur Wirklichkeit stellten sie die belgische, mexikanische und italienische Partei als "Hilfstruppen" im Dienste des Aufbaus des russischen Kapitals dar. Tatsächlich wollten sie damit eine theoretische Rechtfertigung für die Aufbau einer 4. Internationale liefern.

b) *Der Außerordentliche Kongreß der KAPD (11.-14. Sept. 1921) und die Frage der Bildung einer KAI*

Der Kongreß der KAPD verwarf einstimmig – die Delegierten Groß-Berlins, die der Führung der Partei ablehnend gegenüberstanden eingeschlossen – das Ultimatum des 3. Kongresses der Komintern und beschloß den sofortigen Austritt aus der Komintern als sympathisierende Partei. Er unterstützte die Haltung der Delegierten und beschloß, ein Manifest an die Arbeiter der ganzen Welt zu verfassen. Schließlich stimmte er prinzipiell einer an Bedingungen geknüpften Solidarität mit dem russischen Staat zu (70).

Aber die Frage der schnellen Gründung einer kommunistischen Arbeiterinternationale war aufgeworfen worden, ohne gelöst worden zu sein. Gorter hielt sich seit Juli in Berlin auf, wo er mindestens bis zum Kongreß blieb, um sein ganzes Gewicht in die Waagschale zu werfen. Er versuchte (71), die Opposition Berlins und das Zögern Schröders, der pessimistisch geblieben war (72), zu überwinden. Am 16. August sprach Gorter auf einer Sitzung des erweiterten Zentralaussschusses in Berlin energisch zugunsten einer neuen kommunistischen Internationale. Berlin blieb unerschütterlich und sprach sich dagegen aus, während die anderen Bezirke zögerten und einige deren Gründung als "wünschenswert" betrachteten (73). Die Berliner leugneten nicht deren Notwendigkeit, aber sie wollten den Moment abwarten, wenn die KAI "von unten" entstehe. Auf keinen Fall sollte solch eine Organisation "von oben" aufgezwungen werden.

Der außergewöhnliche Kongreß konnte in der Partei nicht für ausreichend Klarheit sorgen. Gorter, der mit drei anderen Delegierten aus Holland (74) gekommen war, äußerte sich als erster in einer langen Intervention (75). Er meinte, daß "die Situation noch so revolutionär war wie vor einigen Jahren", und daß andererseits der Kampf für die KAI "wesentlich schwieriger" geworden sei. Während man nur versuchen könnte "erneut gegen den Strom zu schwimmen", blieb noch ungeklärt, welchen Daseinsgrund und welche Glaubwürdigkeit dann eine KAI, die in einer Zeit konterrevolutionärer Entwicklung gegründet worden war, hätte? Was sollte heißen, wenn Dethmann davon sprach, daß die KAI in den Ländern gegründet werden sollte, die mit dem bürgerlichen deutschen Staat verbündet waren? Die Delegierten der Opposition vermochten keine klare Antwort zu geben. Einige behaupteten, daß KAPs nur in den unterentwickelten Ländern gegründet werden könnten, in denen der Parlamentarismus der Phase der bürgerlichen Revolution entspreche und als solcher als Mittel benutzt werden könnte. Andere meinten, daß die Bedingungen für die Bildung einer KAI darin bestünden, daß die russische Regierung sich aus der Staatsmacht zurückziehe (76). Eine Minderheit meinte, eine Opposition mit den revolutionären Syndikalisten sei auch möglich. Viel klarer war der Repräsentant Berlins, Adam Scharrer (77), der von Jan Appel unterstützt wurde, und der im Zentralaussschuß in der Minderheit war. Wohl überlegt meinte er, es sei notwendig, die Sachen reifen zu lassen, keine Internationale zu gründen, bevor die linkskommunistischen Gruppen die Komintern verlassen hätten, keine neue Internationale künstlich seitens der KAPD zu gründen.

Aber trotz der Opposition Berlins und Bremerhavens beschlossen die Delegierten des Kongresses – insbesondere die aus Rheinland – Westfalen – dem Prinzip der Gründung einer KAI zuzustimmen. Schröders, Dethmanns und Goldsteins Vorschlag, ein Büro der Information und der internationalen Organisation zu gründen, wurde von der Mehrheit angenommen. Die Führung um Schröder, der Gorter bei diesem Abenteuer auf Schritt und Tritt folgte, ging weit über ihr Mandat hinaus. Sie handelte, als ob die KAI

schon gegründet worden wäre: *Proletarier*, die theoretische Zeitschrift der KAPD wurde zu der Zeitschrift der KAI.

Am überraschendsten war, daß die KAI faktisch verkündet wurde, bevor sie offiziell gegründet worden war. Die Gruppe um Sylvia Pankhurst – die im Sept. 1921 aus der KP Großbritanniens ausgeschlossen worden war – hatte angekündigt, daß ca. 500 ihrer Mitglieder in die KAI am 8. Okt. eintreten würden. Neben den Bulgaren stellte die Gruppe um Pankhurst den Großteil einer liliputanischen internationalen Armee dar. 200 Genossen in Holland, dann ein kleiner Kern in Jugoslawien (78) unterstützten die "großen Sektionen" der KAI. Die Oppositionsgruppen in Belgien, Italien, Frankreich, Österreich, den USA, die bereit waren, der KAI beizutreten, hatten kaum eine wirkliche Existenz.

c) Die Verwerfung der Wirtschaftskämpfe

Die Unterschiede zwischen dem Berliner Bezirk und der Fraktion um Schröder, der den Exekutivausschuß der Partei und das Internationale Büro kontrollierte, waren so groß, daß die Spaltung zwischen der "Spitze" und der "Basis" der KAPD immer näher rückte. Aber die Spaltung vollzog sich dann nicht um die Frage der Gründung der KAI. Sie wurde herbeigeführt aufgrund von Divergenzen hinsichtlich der Intervention in den unmittelbaren Wirtschaftskämpfen, aber auch wegen bürokratischer Manöver um die Schröder-Gruppe.

Anfang Januar des Jahres 1922 veröffentlichte das "Theoretikertriumvirat" der KAI – Schröder, Goldstein und Dethmann – im *Kampfruf*, dem Organ der AAU in Berlin, eine Artikelreihe (79) über die Rolle der Unionen (AAU) im Klassenkampf. Darin stand, daß "zur Zeit der Todeskrise des Kapitalismus" die Lohnkämpfe "opportunistisch" seien und keinen Sinn mehr machten. Die in der AAU organisierten Arbeiter sollten gemeinsam für die Revolution kämpfen. Die Lohnkämpfe seien zu einer "privaten" Angelegenheit eines jeden einzelnen Arbeiters geworden.

"Reformismus ist der Kampf innerhalb des Kapitalismus um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, m.a.W. der Kampf um einen größeren Anteil am Privateigentum. Diesen Kampf führt der einzelne Proletarier in Konkurrenz mit den anderen Einzelmenschen in seinem Interesse als Einzelmensch. Die Gewerkschaften sind die Interessenvertretung des einzelnen Arbeiters innerhalb des Kapitalismus.

Die Allgemeine Arbeiter-Union organisiert die proletarische Klasse zu dem alleinigen Zwecke der direkten Beseitigung des Kapitalismus als System; die persönliche Interessensvertretungen des einzelnen Arbeiters innerhalb des Kapitalismus geht sie gar nichts an. Die Tatsache, daß sie (die Arbeiter) in diesem Augenblick und mit diesem Schritt die organisatorische Vertretung ihrer persönlichen Einzelinteressen innerhalb des Kapitalismus aufgeben, diese in Zukunft allein ohne eine Organisation für diesen Zweck wahren müssen. Mögen die Gewerkschaften ihren Daseinszweck darin sehen, dem einzelnen Bourgeois für den einzelnen Proletarier mehr Privateigentum abzugewinnen und das persönliche Interesse jedes einzelnen Proletariers und Kleinbürgers an der Verteilung des bürgerlichen Privateigentums zu vertreten. Wird ein Unionist in einen kapitalistischen Betrieb eingestellt, so schließt er als einzelner Arbeiter mit dem Unternehmer einen Privatvertrag in welchem die Lohn- und Arbeitsbedingungen vereinbart werden. Befindet er sich in einem Betrieb und reicht der Lohn infolge der steten Steigerung der Preise zur Erhaltung seiner nackten Existenz nicht mehr aus, so geht er erneut als einzelner Arbeiter zu dem Unternehmer mit dem Verlangen einer Änderung seines Privatvertrages in Form der Verbesserung seiner Lohn- und Arbeitsbedingungen... Gewährt der Unternehmer diese nicht so stehen dem Unionisten als einzelner Arbeiter im Betriebe eine Reihe von Mitteln zur Verfügung um sein Verlangen durchzusetzen, wie z.B. Streik und passive Resistenz." (Die Kommunistische Arbeiter-Internationale, 1922, S. 8). (80)

Diese, dem Marxismus fremde Auffassung war nicht neu. Sie wurde schon von den Proudhonisten vertreten, die die Notwendigkeit von wirtschaftlichen Lohnkämpfen leugneten, wie auch von den einzelnen Anarchisten, die für den Streik und den Einzelwiderstand gegen die kapitalistische Ausbeutung eintraten. Die Tendenz um Schröder-Dethmann-Goldstein – mit einer eingeschränkten Unterstützung der Holländer und Gorters (81) – verfiel ihrer eigenen Ungeduld. Sie wollten eine theoretische Rechtfertigung für die Existenz der KAI liefern, als sie behaupteten, nur revolutionäre Kämpfe für die Eroberung der Macht stünden auf der Tagesordnung. Wie oft in der Geschichte der revolutionären Bewegung entstand diese Ungeduld in einer Zeit des Rückflusses des Klassenkampfes. Und sie stützte sich auf intellektuelle Elemente, die dazu neigten, wenn sie nicht gar Verachtung hatten, die sehr materielle Wirklichkeit des alltäglichen Forderungskampfes zu unterschätzen. Nachdem sie anfänglich die Arbeiter verherrlicht hatte; als der revolutionäre Klassenkampf gut sichtbar war, waren diese Elemente nun enttäuscht, und sie meinten, daß die Arbeiter "egoistisch" seien, wenn sie für ihre materiellen Forderungen kämpfen, weil sie somit nur einen "größeren Teil des Privateigentums" für sich beanspruchten. Sie seien irgendwie eine "Klasse für das Kapital" (82), wenn sie sich auf das Niveau der Lohnkämpfe herabsinken ließen, die als "opportunistisch und reformistisch" bezeichnet wurden.

Die Verwerfung der Wirtschaftskämpfe und der Theorie des "Einzelarbeiters" durch diesen Teil der KAPD, der die Führung innehielt, hatte sehr schädliche Folgen, die gar zerstörerisch auf das Leben der Partei und der Revolution wirkten:

– Die Trennung zwischen Wirtschaftskämpfen und revolutionären Kämpfen verurteilte die KAPD dazu, als Partei nur in der Zeit offener revolutionärer Kämpfe zu bestehen. In einer Zeit des Rückflusses hätte sie nur eine Funktion der Propaganda, und sie würde sich in einen einfachen Kreis umwandeln, der nicht in den Klassenkämpfen als Organisation intervenierte, die den Kämpfen eine Führung zu verleihen suchte. Auch die AAU selber hatte nur noch eine Propagandafunktion für die Revolution, da – der Auffassung der zukünftigen Essener Tendenz zufolge – die Unionsanhänger nur individuell in den Wirtschaftskämpfen intervenierten. Daraus folgte, daß die AAU nichts anderes als nur eine zweite Partei war, und als solche war sie unnützlich. Darin bestand die ganze Zweideutigkeit und Verwirrung bei der Existenz von Unionen, die sowohl politische Organe als auch Organisationen des Wirtschaftskampfes waren (83).

– Aber wenn die KAPD und die AAU eine Politik der "Neutralität" und Gleichgültigkeit gegenüber den Forderungskämpfen vertraten, dann liefen sie Gefahr, objektiv eine "Streikbrecherrolle" zu spielen. Die "Neutralität" gegenüber dem Ausbruch von Forderungsstreiks wurde zu einer "Neutralität" und Gleichgültigkeit gegenüber dem Klassenfeind (84). Wenn die Arbeiter der Meinung der Tendenz um Schröder folgten und den Forderungskämpfen fernblieben, würde das mit Sicherheit zu einer Niederlage der Arbeiterklasse und zum Sieg der Konterrevolution führen. Der Geschäftsführende Hauptausschuß (GHA), der von der Berliner Opposition angeführt wurde, unterstrich dies mit Nachdruck: "Arbeiter die unfähig sind solche Kämpfe zu führen, und die in den Konflikten mit dem Kapital feige sind sind natürlich nicht dazu in der Lage, einen Kampf um die Macht zu führen" (85).

– Schließlich nahm die Tendenz um Schröder eine unklare Haltung gegenüber dem Wesen der Gewerkschaften an, die von den Linkskommunisten als konterrevolutionär bezeichnet wurden. Wenn die Gewerkschaften wirklich die "Interessen des Einzelarbeiters" vertreten, dann würden sie weiter ein proletarisches Wesen haben. Dies stand im Widerspruch zur Theorie der KAPD und der Holländer, die den Kampf gegen die Gewerkschaften durch die Tatsache rechtfertigt hatten, daß selbst in der Zeit des Niedergangs des Kapitalismus seit 1914 die gewerkschaftliche Organisationsform nicht mehr dazu in der Lage ist, die grundlegendsten Wirtschaftsinteressen der Arbeiter zu verteidigen. Diese Sorge des GHA und des Berliner Bezirks, sozialdemokratische Auffassungen wieder durchs Seitenfenster sich einschleichen zu sehen, nachdem sie gerade durch die Vordertür rausgeschmissen worden waren, war nicht unbegründet. Viele Führer der zukünftigen Essener Tendenz schlossen sich später der SPD oder der KPD an.

4. Die Spaltung der KAPD und ihre internationalen Konsequenzen

a) Die Spaltung im März 1922

Innerhalb weniger Monate hatten es die Mehrheit der Berliner Sektion und der GHA geschafft, die Mehrheit der Partei auf ihre Seite zu ziehen. Viele Mitglieder verwarfen die besorgniserregenden Folgen der Theorie des "Einzelarbeiters". Stattdessen standen sie dem Projekt der Bildung einer KAI viel offener gegenüber. Die Politik der Gruppe um Schröder war folgenreich gewesen für die KAPD. Ihre Mitgliederzahl war von ungefähr 40.000 auf 5.000 gesunken (1). Viele Arbeiter hatten die Partei verlassen, um sich entweder aus politischen Aktivitäten ganz zurückzuziehen, oder um sich der KPD anzuschließen, oder um ausschließlich im Rahmen der AAU aktiv zu sein, oder um der neugegründeten, von Rühle beeinflussten rivalisierenden AAU (Einheit) beizutreten. (86)

Aber obgleich die Tendenz um Schröder sich in der Minderheit befand, verfügte sie in den höchsten Organen der KAPD über die Mehrheit: im Zentrallausschuß, das aus Stellvertretern verschiedener Wirtschaftsbezirke der Partei zusammengesetzt war. Aufgrund eines unsinnigen Absatzes der Statuten verfügte jeder Bezirk unabhängig von seiner Größe über ein Mandat. Somit waren die vielen kleineren Bezirke im Zentralkomitee überrepräsentiert. Berlin, wo es fast die Hälfte aller Mitglieder der KAPD gab, verfügte so nur über ein Mandat von insgesamt 12. Der Zentrallausschuß sowie der GHA (9 Mitglieder) bildete den erweiterten Zentrallausschuß, das höchste Organ der KAPD (87). Die Gruppe um Schröder, die an dessen sowie auch an der Spitze des Internationalen Büros stand, verfügte über eine Mehrheit, die sich auf die kleineren Bezirke stützte, die sie geschickt auf ihre Linie eingeschwenkt hatte. Deshalb schlugen Berlin und der GHA auf der Sitzung des erweiterten Zentrallausschusses vom 5. März eine Änderung des Delegiertenschlüssels vor: für jeweils 100 Mitglieder ein Mandat anstatt ein Mandat für jeweils einen Bezirk. Dieser Vorschlag wurde mit 7 zu 5 Stimmen verworfen. Nur die Bezirke hatten darüber abgestimmt. Der GHA hatte sich der Stimme enthalten; um nicht die Prinzipien einer "proletarischen Demokratie" zu verletzen (88). Die Führung um Schröder erhielt dadurch eine künstliche Mehrheit. Dadurch konnte diese aufgrund der Mehrheitsverhältnisse zu einer Konferenz im April 1921 aufrufen, um dort sofort die KAI zu gründen. Dabei stimmten 14 Delegierte dafür, 5 dagegen, ohne daß vorher ein Kongreß der Partei einberufen worden wäre. Als sehr schwerwiegend erwies sich die Verwerfung der Lohnkämpfe als "konterrevolutionär" durch den erweiterten Zentrallausschuß.

In Anbetracht dieser Lage setzte der Berliner Bezirk die Berliner Zentrale ab und schloß Schröder, Goldstein, Reichenbach, E. Sachs, Gottberg und Dethmann aus. Karl Schröder und seiner Anhänger bildeten sofort

einen neuen GHA, der sich in Essen niederließ (89). Dieser beschloß wiederum, daß der Berliner Bezirk "wegen Reformismus aus der Partei ausgeschlossen" werden sollte. Eine Minderheit von 450 Mitgliedern meinte, eine Mehrheit von 1.000 Mitgliedern der KAPD ausschließen zu können.

Damit war die Spaltung zwischen der Berliner Tendenz, die in ganz Deutschland ca. 2.000 Mitglieder besaß, und der Essener Tendenz, die zahlenmäßig schwächer war, aber vor allem im Rheinland und Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland vertreten war, vollzogen. Von den 12.000 Mitgliedern der AAU schlossen sich nur 600 der Essener Tendenz an. Die Spaltung hatte für die KAPD katastrophale Folgen: die Zahl ihrer Mitglieder war noch weiter gesunken. Aber am schlimmsten war, daß es gleichzeitig zwei Zeitungen mit dem gleichen Namen gab, zwei AAUs, die den "Kampftruf" veröffentlichten. Damit waren politische Verhaltensweisen eingeführt worden, die später in der bordigistischen Strömung (90) weit verbreitet wurden.

Auf einer Konferenz vom 2-6. April 1922 gründete die Essener Tendenz die Kommunistische Arbeiterinternationale (KAI). Als "ausländische" Gruppe beteiligte sich nur die KAP aus den Niederlanden. Die KAI stellte sich als eine zentralisierte Organisation dar, die sich in ihrer Organisationsform an die KI anlehnte. Ihr Exekutivkomitee setzte sich aus einem engeren Büro zusammen, das als internationales Sekretariat wirkte und gegenüber dem internationalen Kongreß verantwortlich war, und einem erweiterten Büro, das aus Stellvertretern der nationalen Sektionen zusammengesetzt war, die von diesen bestimmt und ggf. abgewählt wurden (91). Das Bestreben, die KAI nicht an die Essener Tendenz anzuhängen, wurde durch die Entscheidung verdeutlicht, auf jedem internationalen Kongreß den Sitz des Exekutivkomitees neu festzulegen (92). Da sie den Kritiken aus Berlin gegenüber nicht verschlossen war, entschied die Essener Tendenz, daß die Zahl der von den verschiedenen "Gründungsparteien" der KAI erhaltenen Mandate vom internationalen Kongreß festgelegt werden sollte. Ein außergewöhnlicher Kongreß könnte durch die Hälfte aller nationalen Sektionen einberufen werden. Diese Statutenbestimmungen hätten ihren Wert gehabt, wenn die KAI wirklich eine echte Internationale mit nationalen Mitgliedsparteien gehabt hätte. Aber das war bei weitem nicht der Fall gewesen. Die KAI war tatsächlich ein provisorisches Büro mit einigen nationalen Gruppen gewesen (93).

b) Gorter und die Essener Strömung

Mit Gorter hatte die KAI ihren einzigen wirklichen Theoretiker. Schröder und seine Genossen hatten bei weitem nicht das Profil Gorters (94). Gorter verfaßte 1923 das Programm der Essener Tendenz in Form einer Broschüre *Die Kommunistische Arbeiter-Internationale* (95). Die Broschüre faßt – auf eine zwar oft konfuse Weise – das Programm der KAI zusammen. Obgleich Gorter die Theorie der "Doppelrevolution" aufgriff, stützte er sich klar auf die russische Erfahrung. Im Unterschied zu den Rätekommunisten betonte er nachdrücklich die revolutionäre Rolle der Bolschewiki im Jahre 1917 als "bewußteste und entschlossenste Organisation". Die Kritik, die man an ihnen üben muß, soll nicht von einem menschowistischen, sondern von einem Klassenstandpunkt aus formuliert werden.

"Wir sind die schärfsten Gegner – und die K.A.P. aller Länder – dies immer gewesen – der Auffassung der Menschewisten, Kautskyaner, Unabhängigen, Pazifisten usw., daß die Russen bei der bürgerlichen Revolution hätten stehen bleiben müssen". (*Die Kommunistische Arbeiter-Internationale*, S. 2, verfaßt von Herman Gorter).

Er verwarf zurecht die Diktatur der Bolschewistischen Partei, die er aber zu Unrecht einer Partei der bürgerlichen Revolution gleichstellte. Er stellte eine Bilanz der russischen Revolution auf, die mit Vorsicht zu genießen ist. Ihm zufolge hätten die Bolschewiki die Bildung von Bauernräten und die Rekrutierung von Bauern in der Roten Armee verhindern sollen. Seine Position zu Brest-Litowsk erneut verteidigend, meinte er, daß es sich dabei um einen "kapitalistisch-demokratischen" Schritt gehandelt habe. Dann äußerte er sich widersprüchlich, daß die russische Revolution "proletarisch-kommunistische" Maßnahmen ergriffen hätte – wie z.B. die Bildung von Räten, die Eingliederung von Arbeitern in die Rote Armee (ebenda S. 38).

Im Gegensatz zu Rühle und den Rätekommunisten bezeichnete Gorter die 3. Internationale nicht als ein "machiavellistisches" Werk des russischen Staates. "*Kommunistische Proletarier folgten den Aufrufen Rußlands und der 3. Internationale zur Revolution, zum Bürgerkrieg zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten und einer Roten Armee.*" (S. 45).

Der wirkliche Beitrag Gorters, der eine Entwicklung nach seiner Broschüre "Antwort an den Genossen Lenin" durchlaufen hatte, besteht darin aufzuzeigen, daß selbst in den rückständigen Ländern die proletarische Revolution auf der Tagesordnung steht. Losungen wie "das Recht der Völker auf Selbstbestimmung" und der "nationalen Befreiung" verwerfend, hob Gorter hervor, daß die "Taktik der Kommunisten nicht mehr die gleiche ist wie früher, als das Kommunistische Manifest geschrieben wurde" (ebenda S. 48). Insbesondere in Asien sollte eine wirkliche Internationale das Proletariat dazu aufrufen "sich so früh wie möglich von all den bürgerlichen Parteien zu trennen und eine Position der völligen Unabhängigkeit einnehmen". Obgleich Gorter nicht vollständig die Möglichkeit von bürgerlichen Revolutionen im Zeitalter der "Todeskrise des Kapitalismus" ausschloß, schloß er aus, daß eine proletarische Revolution aus einer "bürgerlichen Revolution" hervorgehe. Die Arbeiter Asiens könnten nur auf ihre eigenen Kräfte bauen, und sie können sich

nur mit dem Proletariat der Industrieländer verbinden. Die Rolle einer Internationale besteht darin, die gleichen Prinzipien und die gleiche Taktik in allen Ländern anzuwenden. Im Gegensatz zu der Berliner Tendenz, die die Bildung einer Kommunistischen Arbeiterpartei in den unterentwickelten Ländern für unmöglich hielt, und gar im Gegensatz zu der Essener Tendenz, die diese Möglichkeit nur in den Ländern für gegeben hielt, die Deutschland verbunden waren, meinte Gorter nachdrücklich, daß die revolutionären Parteien in allen Ländern der Erde entstehen sollten, natürlich mit den gleichen kommunistischen Prinzipien: *"Sie will alle Proletarier Europas, Amerikas, Asiens, Afrikas und Australiens zu bewußten Kommunisten machen durch diese neuen Organisationen."* (S.19).

Aber das Programm der KAI, das von Gorter verfaßt worden war, ht an einem großen Pessimismus, die die Existenz einer neuen Internationale noch mehr in Zweifel zog, Gorter ging davon aus, daß die große Mehrheit der Arbeiter der Welt der Revolution gegenüber feindlich eingestellt war: "Zu den Feinden der Weltrevolution gehören jetzt nicht nur die europäischen, es gehören zu ihr auch die von der 3. Internationale geführten Arbeiter Asiens... (S.11)... dann kann man ruhig sagen, daß das ganze Weltproletariat bis jetzt dem Kommunismus feindlich ist" (ebenda, S. 14)

Dies hieß, daß die Schlacht verloren war, bevor sie überhaupt bis zum Ende ausgetragen worden war. Andererseits wenn die wahren Kommunisten nur eine Minderheit wären, wäre die Weltrevolution verloren und die Existenz einer Internationale in konterrevolutionären Zeiten ein Unsinn. Auch wenn es ihm an Kampfbereitschaft nicht fehlte, war Gorter pessimistisch.

Wie also konnte man glauben, daß Gorter und die Essener Tendenz mit Sicherheit ein "schnelles Anwachsen der Revolution" insbesondere in Deutschland erwarteten? Es war schwierig, hier Gorter auf theoretischer Ebene zu folgen, denn er behauptete auf die widersprüchlichste Art und Weise, daß die KAI gleichzeitig ein kleiner Kern wie die KAPD sei, und daß sie Hunderttausende Arbeiter zusammenfaße; während die Unionen Millionen hinter sich scharten (96).

Schließlich verging nicht viel Zeit, bevor sich Gorter von der Essener Tendenz löste und sich als außerhalb der "Richtungen" stehend bezeichnete. In einer seiner letzten Broschüren, die 1923 erschien, hob er – während er gleichzeitig die Essener Tendenz theoretisch unterstützte – seinen Willen hervor, sich für die Wiedervereinigung der beiden feindlich gesinnten KAPDs einzutreten. Aber er meinte, dies sei erst realistisch, wenn "revolutionäre Kämpfe entstehen" (97).

c) *Der Zerfall der Essener Strömung*

Die Spaltung der KAPD im März 1922 hatte auch innerhalb der Gruppen, die die KAI bildeten, schlimme Auswirkungen. Manche überlebten zwar die Spaltung oder sie verschwanden so schnell, wie sie entstanden waren:

- in der bulgarischen KP, die zahlenmäßig am stärksten in der KAI war, entfaltete sich ein gnadenloser Kampf zwischen der Tendenz von Sofia, die Essen niherstand, und einer Tendenz aus Varna, die mehr ouvrieristisch war und Berlin bei den Wirtschaftsfragen näherstand. Anfänglich war die bulgarische KAP gegenüber der KAI sehr zögernd gewesen: die Organisation aus Sofia hatte in einem Brief vom 25. Januar 1922 (98) geschrieben, daß sie sich weigere, einen Delegierten zu einem möglichen zukünftigen Kongreß einer KAI zu schicken. Später scheint sich die KAPB – im Gegensatz zu den Behauptungen Berlins, denen zufolge es wie in Deutschland zwei KAPBs mit jeweils zwei Zeitungen *Rabotnicheska Iskra* gab – nicht in zwei Teile gespalten zu haben, sondern in zwei innerhalb der gleichen Partei bestehenden Gruppen (99). Beide Gruppen schlossen sich tatsächlich der KAI an, aber bei der Tendenz aus Varna gab es eine größere Minderheit, die in Verbindung stand mit der KAPD aus Berlin (100) und auch mit den Niederlanden. Daraus ergab sich eine noch größere Verwirrung der KAPD, bei der die durch die Gründung der KAI hervorgerufenen Spaltung die lokalistische Krankheit und die persönlichen Spannungen noch verstärkt hatte. Obgleich sie aus den blutigen Zusammenstößen des Sept. 1923 unbeschädigt herauskam, scheint die KAPB die blutige Repression nach den terroristischen Aktionen, die von der bulgarischen KP im April 1925 betrieben wurden, nicht überlebt zu haben (101).
- die "Communist Workers' Party" (CWP) Pankhursts, die aus den Sektionen bestand, welche aus der britischen KP ausgeschlossen worden waren und der KAI nahestanden, versuchte die KAPD nachzuahmen, indem sie künstlich Unionen ("All Workers' Union") schuf. Die CWP scheint Kontakt in Indien und Südafrika gehabt zu haben. Dies wurde jedenfalls von der KAI in Berlin berichtet. Aber die theoretische Schwäche dieser Organisation und ihr Lokalismus, der leicht vom Anarchismus gefärbt war, wurden schließlich 1924 vorherrschend und brachten ihr Aus. Nur noch die Gruppe "The Commune" aus Glasgow (die Gruppe um Guy Aldred) bestand weiterhin, die sich irgendwo zwischen Bakunin und "dem Rätekommunismus" ansiedelte.
- in Rußland erschien die Existenz einer KAP, die mit viel Aufheben von der Essener Tendenz verkündet worden war, schnell als ein Bluff. Es handelte sich um zwei Russen, die in Berlin lebten und Dokumente der KAI übersetzten (102). Mit Ironie stellte die KAPD aus Berlin fest, daß die KAI eine starke Neigung besaß potemkinsche Dörfer zu errichten (103). Dagegen gab es die Arbeitergruppe um Miasnikow, die

im Februar 1923 gebildet worden war. Sie betrieb eine strenge Geheimarbeit und faßte sich als eine äußere Fraktion der Bolschewistischen Partei auf um "einen entscheidenden Druck auf die führende Gruppe der Partei selber auszuüben" (104). Auch war sie mit der KAI verbunden. Unter den Schlägen der Tscheka verschwand sie jedoch schnell.

- in Österreich war die Verkündung einer neuen KAP im Jahre 1924 ein neues potemkinsches Dorf. Diese "Partei", deren Zeitung in Berlin hergestellt wurde, umfaßte nicht mehr als eine Handvoll Mitglieder (105). Sie verschwand wieder sehr schnell.
- in Deutschland selber wurde die Essener Tendenz von dem Virus der Spaltungen erfaßt. Ihre theoretischen Führer verließen sie: Goldstein 1922, Schröder 1924, die beide der SPD beitraten. Sie bildeten dort eine Oppositionsgruppe mit ihrem Feind von gestern Paul Levi (106). Adolf Dethmann trat 1925 der KPD bei. Das Exekutivkomitee der KAI war sehr stark geschwächt worden. Nach einiger Zeit traten Konflikte in ihren Reihen auf, die zu Ausschlüssen führten. Die entscheidendsten Spaltungen fanden von 1923 an statt. In jenem Jahr verließen die Sektionen Mitteldeutschlands die KAI, um eine örtliche Gruppe zu bilden "Kommunistischer Rätebund", der intellektuellenfeindlich und ouvrieristisch eingestellt war. Als diese Gruppe die Notwendigkeit der Liquidierung der KAP vertrat und die Lohnkämpfe verwarf, gleichzeitig für eine "Union der revolutionären Betriebsorganisationen" eintrat, brachte sie deutliche rätistische Tendenzen zum Ausdruck. 1929 existierte der "Kommunistische Rätebund" weiterhin als eine kleine örtliche Gruppe (die "Joël-Gruppe") in Leipzig. Schließlich spaltete sich auch Emil Sach (107), ein sehr aktiver Arbeiter, der einer der wenigen Theoretiker der Essener Strömung war, wiederum ab und brachte eine Zeitung, *Vulkan*, heraus, die er in Berlin als Organ der KAI darstellte. So gab es in Berlin zwei KAIs, von denen die eine die KAZ der Essener Strömung herausgab, die andere *Vulkan!* Was von der Essener Richtung übrigblieb, bestand nach 1929 nur noch in Gestalt von Sekten.

Die KAI war eine totgeborene Scheininternationale gewesen, die bei ihrem Scheitern Genossen mit hinabriß, welche schnell entmutigt wurden. Der Versuch Gorters des Aufbaus einer KAI war für den Linkskommunismus in Deutschland und in anderen Ländern eine Katastrophe gewesen.

d) Die Entstehung einer Berliner Strömung in der KAP der Niederlande

Gorters Partei blieb von den inneren Kämpfen in Deutschland nicht verschont. Die KAPN, die sich der Essener Strömung angeschlossen hatte, wurde durch den gleichen Virus der Spaltungen wie in Deutschland erfaßt, jedoch in einem geringeren Maße. Die KAPN war sehr skeptisch gegenüber der Berliner Tendenz, die im April 1922 zu ihrem Utrechter Kongreß Delegierte schicken wollte: sie weigerte sich, den Standpunkt der Berliner KAPD zur Kenntnis zu nehmen. Aber die KAPN war weit davon entfernt, die Weigerung der Essener Tendenz, in den Wirtschaftskämpfen zu intervenieren, zu teilen. Sie betätigte sich aktiv an den Klassenkämpfen und hatte Kampforganisationen geschaffen, die sich nach dem deutschen Beispiel (AAU) AAB nannten. Vor allem der Beitritt der KAPN zur KAI führte zu einer heftigen Reaktion in der Organisation. Der Ausschluß der Sektion Utrecht 1922, dann 1923 der eines Teils der Rotterdamer Sektion reichten jedoch nicht, um die Berlinfreundliche Tendenz einzuschränken. Diese stützte sich auf die Jugend der Partei (KAJ) und eine starke Opposition in Amsterdam und in anderen Sektionen. Diese Ausschlüsse hatten zu einer zahlenmäßigen Schwächung der KAPN geführt. Aber vor allem die Rivalitäten zwischen Clans erwiesen sich als folgenreich für die letzteren. Auf der einen Seite stand Luteraan, auf der anderen die "Korporatie", die von der Familie Korper gebildet wurde, die um die Kontrolle in der Partei kämpfte. Und dieser Kampf verschiedener Gruppierungen sollte eine große Verwirrung stiften die Familie Korper trat 1924 aus der KAPN aus, um bald wieder einzutreten und die Führung der Organisation zu übernehmen. Luteraan wiederum machte sich bald "selbständig" und brachte 1927 seine eigene Zeitung *De Roode Vaan* heraus.

Viele Militanten, die auch nur ein bisschen ernsthaftes politisches Interesse und Engagement zeigten, weigerten sich, sich an diesen Richtungskämpfen zu beteiligen und wollten eine revolutionäre Arbeit auf besseren Grundlagen fortsetzen. Das war der Fall bei Henk Canne-Meijer, der im Okt. 1924 aus der Partei austrat, weil er die Nase voll hatte von einer "Organisation, die zu einem politischen Sportverein geworden" war (108). Um ihn und um Jan Appel herum schickten sich Genossen an, die Gruppe der Internationalistischen Kommunisten (GIK) zu bilden; die die einzige Gruppe war, die wirklich den Geist der holländischen Linke aufrechterhielt. Mit der GIK griff die holländische Linke das Banner des internationalen Linkskommunismus wieder auf der stark durch die Spaltung in Deutschland 1922 erschüttert worden war. Und mit der Fortsetzung dieser Arbeit hatte sich auch die Berliner Strömung der KAPD durchgesetzt.

Der "Fehler" Gorters und seiner Anhänger, künstlich eine KAI gegründet zu haben, während es innerhalb der Komintern noch Linksfaktionen gab, die innerhalb einer gleichen linkskommunistischen Strömung zusammengefaßt hätten werden können, war sehr schwerwiegend und folgenreich für die revolutionäre Bewegung. Während es noch ein revolutionäres Leben innerhalb der niedergehenden 3. Internationale gab, entstand anstelle einer neuen Internationalen eine Uingruppierung der linkskommunistischen Fraktionen außerhalb der Komintern. Diese stand nunmehr auf der Tagesordnung. Nur solch eine Umgruppierung hätte es ermöglicht, den Kampf innerhalb der Komintern bis an sein Ende zu führen. Das Abebben der

Weltrevolution, das von 1921 an in Europa sehr deutlich zu sehen war, erlaubte nicht die Gründung einer neuen Internationale. Weil die Essener Strömung und Gorter glaubten, daß der Kurs immer noch hin zur Revolution sei – sie stützten sich auf die Theorie der Todeskrise des Kapitalismus – folgten diese einer bestimmten Logik bei der Gründung der KAI. Aber ihre Grundlagen und Ausgangsbedingungen waren falsch gewesen. Trotzki beging den gleichen Fehler bei der Gründung der sog. 4. Internationale 1938, nachdem er selbst sich 1921 lustig gemacht hatte über die mögliche Gründung einer solchen Internationale. Am Vorabend des Weltkrieges und nachdem jede revolutionäre Bewegung durch die Konterrevolution zerschlagen worden war, verkündete er die Gründung einer 4. Internationale. Gorter und die KAI hatten zumindest die Ausrede, daß die revolutionäre Welle zwar zurückwich, aber noch nicht zerschlagen war, denn sie sollte sich bis zu den Ereignissen 1927 in China fortsetzen.

Kurz bevor er 1927 starb, hatte sich Gorter beträchtlich der KAPD Berlins genähert. Die letzten Jahre seines Lebens hatte er persönlich versucht, die linkskommunistischen Kräfte zusammenzubringen, die zersplittert waren. Aber ihm war kein Erfolg beschieden. Seine letzte politische Handlung war, die KAPD Berlins gegen eine Euphorie zu warnen, die sich breit gemacht hatte, nachdem sich ihr 2.000 Mitglieder der "Entschiedenen Linken" angeschlossen hatten, die aus der KPD kamen.

"Während wir das Anwachsen der revolutionären Kräfte, die von der Entschiedenen Linke zur KAP überwechseln, begrüßen, bleiben wir dennoch wachsam. Die KAP ist etwas Großes. Sie blieb solange groß, wie sie es schaffte, den Versuchungen der unmittelbaren Erfolge zu widerstehen. Sie ist das Fanal im reinen, kompromißlosen Klassenkampf. Bewahrt diese Reinheit, dann werdet ihr die Revolution retten." (109).

Damit wollte er unterstreichen, daß die Berliner Tendenz der einzige revolutionäre Pol in der damaligen Zeit war, und daß diese mehr noch als die Essener Tendenz jetzt das revolutionäre Erbe der KAPD trug. Es war eine klare Botschaft : die revolutionäre Organisation ist sehr schwierig aufrechtzuerhalten, zu schützen, da sie ständig in ihrer Existenz bedroht ist. Überstürzte, voreilige Zusammenschlüsse können sich als fatal erweisen. (110)